

Laurent Mucchielli

## Urbane Aufstände im heutigen Frankreich

Das Phänomen der urbanen Aufstände (*émeutes urbaines*) wird in Frankreich seit 1990 als solches identifiziert. Im Jahrzehnt vor der Jahrtausendwende blieb es weitgehend ununtersucht; ein einziges sozialwissenschaftliches Werk bot einen synthetischen Überblick und eine historische Einordnung.<sup>1</sup> Seit den dreiwöchigen Aufständen im Oktober und November 2005 ist dagegen eine Vielzahl von Kommentaren und Analysen erschienen; dazu gehören auch zahlreiche wissenschaftliche, vor allem soziologische und politikwissenschaftliche Untersuchungen. Einige dieser Untersuchungen haben sich auf die Akteure konzentriert (die Aufständischen, die Einwohner der betroffenen Viertel, die Polizisten, die Politiker, die Medien) oder aber auf einen besonderen Aspekt des Phänomens (die sozio-ökonomische Situation der betroffenen Viertel, die Beziehungen zwischen den Jugendlichen und der Polizei, die zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung gewählten Methoden, die politische Bedeutung der Aufstände usw.). Andere haben versucht, dem Phänomen in seiner Gesamtheit gerecht zu werden. Schließlich gab es auch Meta-Analysen, die sich einzig vornahmen, frühere Publikationen anhand von Schlüsselproblemen zu ordnen und miteinander zu vergleichen.<sup>2</sup>

Der vorliegende Aufsatz stellt nicht den Versuch einer weiteren solchen Meta-Analyse dar. Er versucht vielmehr eine Synthese jener Untersuchungen zu erarbeiten, deren Verfasser die ökonomischen, sozialen und politischen Aspekte der urbanen Unruhen in

---

<sup>1</sup> Christian Bachmann / Nicole Leguennec, *Violences urbaines. Ascension et chute des classes moyennes à travers cinquante ans de politique de la ville*, Paris 1996.

<sup>2</sup> Gérard Mauger, *L'émeute de novembre 2005. Une révolte proto-politique*, Boissieux 2006.

ihrem Zusammenhang zu verstehen bemüht waren. Zunächst soll die Geschichte der urbanen Aufstände im Zeitraum 1970–2005 skizziert werden (1). Anschließend wird nach den Gründen für die Wut der Aufständischen zu fragen sein, aber auch nach den Verhaltensweisen jener Bewohner der betroffenen Stadtviertel, die sich nicht an den Aufständen beteiligt haben (2). In einem dritten Abschnitt sollen die bis dahin erbrachten Befunde kontextualisiert werden: durch einen Blick auf die Sozialgeographie der Aufstände und durch eine Analyse der Lebensverhältnisse und Integrationsprobleme von Jugendlichen in jenen Stadtvierteln, die die Regierung seit dem Gesetz vom 14. November 1996 als ‚sensible Stadtgebiete‘ (*zones urbaines sensibles*) bezeichnet (3). Schließlich wird auch nach der politischen Bedeutung der Aufstände zu fragen sein (4).

## 1. Von den Anfängen zur Ausbreitung

Beginnen wir mit einer Charakteristik des Untersuchungsgegenstands. Die Aufstände finden in *quartiers populaires*, also proletarischen Stadtvierteln, statt. Deren Architektur ist geprägt vom sozialen Wohnungsbau; darüber hinaus sind diese Viertel von der Deindustrialisierung sowie von der durch diese hervorgerufenen Erwerbslosigkeit betroffen. Bewohnt werden die Viertel weitestgehend von Arbeiter- und Angestelltenfamilien; deren Anwesenheit geht in vielen Fällen auf die großen Migrationsströme des vergangenen halben Jahrhunderts zurück. Es handelt sich im Wesentlichen um Portugiesen, Maghrebiner und Schwarzafrikaner. Sie haben sich nach der Auflösung der als *bidonvilles* bekannten Barackensiedlungen sowie im Zuge der auf Familienzusammenführung zielenden Politik, die in Frankreich Mitte der 1970er Jahre betrieben wurde, nach und nach in den *quartiers populaires* niedergelassen. Die Aufstände folgen in der Regel auf den Tod oder die schwere Verletzung eines oder mehrerer Jugendlicher aus dem Viertel, wobei dieser Tod oder diese Verletzung meist auf die eine oder andere Weise mit einem Polizeieinsatz zusammenhängt. Die Aufstände sind das Werk männli-

cher Jugendlichen, das heißt älterer Minderjähriger oder junger Erwachsener, von denen die meisten erwerbslos oder noch nicht ins Berufsleben eingetreten sind. Manchmal handelt es sich auch um prekär beschäftigte Arbeiter oder Lehrlinge. Zuweilen besuchen diese Jugendlichen noch die Schule und werden dort für die am niedrigsten entlohnten Berufe ausgebildet. Der Großteil der Jugendlichen weist einen Migrationshintergrund auf.

Diese jungen Männer sind in keinerlei politischer Organisation zusammengeschlossen und sie stellen scheinbar keinerlei Forderungen auf. Sie bringen vor allem ihre Wut gegen die Polizei zum Ausdruck. Ihr „Repertoire kollektiven Handelns“ (Charles Tilly), also die Mittel, die sie anwenden, um „auf der Grundlage gemeinsamer Interessen geschlossen zu handeln“,<sup>3</sup> besteht in erster Linie im Anzünden von Fahrzeugen und in der Konfrontation mit den Ordnungskräften. In einigen Fällen werden auch Gebäude angezündet, sowohl öffentliche als auch private; auch kann es zur Plünderung von Geschäften oder Lagerhäusern kommen. Bis zum November 2005 hatten die Aufstände lokalen Charakter, das heißt sie blieben entweder auf das Viertel, in dem das auslösende Ereignis stattgefunden hatte, beschränkt, oder sie dehnten sich auf nur ein oder zwei angrenzende, zum gleichen Ballungsgebiet gehörige und ein vergleichbares Profil aufweisende Viertel aus. Die Aufstände dauerten in der Regel zwei bis drei Nächte.

### **1.1 Die Anfänge: Der Wendepunkt der späten 1970er und frühen 1980er Jahre**

Seit wann ist diese Form kollektiven Handelns in Frankreich (wieder) zu verzeichnen? Das Wort ‚Aufstand‘ (*émeute*) wird mit Bezug auf unseren Untersuchungsgegenstand erst in den Jahren 1990–91 gebräuchlich, und zwar in Folge der damaligen Auseinandersetzungen zwischen Jugendlichen und Polizisten in Vaulx-en-Velin (einer Vorstadt von Lyon) und Mantes-la-Jolie (einer Siedlung in der Pari-

---

<sup>3</sup> Charles Tilly, *La France contestée, de 1600 à nos jours*, Paris 1986, S. 541.

ser Region). Doch reicht die Geschichte des Phänomens weiter zurück. Die aus den Medien und der Politik bekannte Chronologie setzt meistens die ‚*rodéos des Minguettes*‘ (benannt nach der Hochhaussiedlung Les Minguettes in Vénissieux, einer Vorstadt von Lyon) im Juli 1981 an den Anfang: Jugendliche, die dem obigen Profil entsprachen, hatten in Vénissieux begonnen, Autos zu stehlen und sie eine Zeit lang innerhalb und außerhalb des Viertels herumzufahren, um sie dann schließlich anzuzünden. Gelegentlich kam es auch zu Verfolgungsjagden mit der Polizei. Tatsächlich war es bereits Ende der 1970er Jahre zu solchen *rodéos* gekommen,<sup>4</sup> und zwar insbesondere in den deindustrialisierten Vierteln dreier Stadtgebiete des Lyoner Ballungsraums (Vénissieux, Villeurbanne und Vaulx-en-Velin). Die Aufmerksamkeit, die die Medien den Ereignissen in Minguettes schenkten – sie ging mit Vergleichen zwischen diesen Ereignissen und dem im April 1981 in Brixton (England) ausgebrochenen Aufstand einher – führte zu Nachahmungseffekten in anderen Regionen (Paris und Marseille), so dass im Sommer 1981 landesweit 250 angezündete Autos gezählt wurden. Das für die gegenwärtigen Aufstände charakteristische Repertoire kollektiven Handelns geht also mindestens bis auf die späten 1970er und frühen 1980er Jahre zurück.

Wie sind diese Aufstände zu interpretieren? Was sagen die Akteure? Christian Bachmann und Nicole Leguennec haben die Bedeutung der rapiden und massiven Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse und insbesondere die hohe Erwerbslosigkeit der unqualifizierten beziehungsweise gering qualifizierten Jugendlichen hervorgehoben. Sie haben aber auch an die wachsenden Spannungen zwischen autochtonen und migrantischen Arbeitern und Einwohnern, die chronische Polizeigewalt und das zunehmend feindselige Verhalten der (linken wie rechten) Stadtverwaltungen erinnert. Bachmann und Leguennec gelangten Mitte der 1990er Jahre zu folgendem Resümee:

---

<sup>4</sup> Bachmann / Leguennec, *Violences urbaines* (wie Anm. 1), S. 350 ff.

Gegen wen kämpfen die Aufständischen? Gegen einen Gegner ohne Antlitz. Gegen jene, von denen sie täglich verleugnet und zur sozialen Nicht-Existenz verdammt werden und die für sie eine Zukunft bereithalten, die nichts als eine Sackgasse ist. [...] Keine Verbündeten, kein Ausweg. Im symbolischen Universum der Vorstädte gibt sich eine Dichotomie zu erkennen: Die trübseligen und gedemütigten Armen gegen die mächtigen und beneideten Reichen. [...] Wenn es eine Forderung gibt, die laut und deutlich formuliert wird, dann ist es die nach einem Minimum an Achtung, nach einer gewissen Anerkennung, nach Respekt. Diese zwei starken Eindrücke – der, in einer Sackgasse zu stecken, und der, verachtet zu werden – bilden stets den Hintergrund der Vorstadtkrawalle. [...] Zum Konflikt kommt es dann, wenn der Argwohn zwischen den Jugendlichen und den Garanten der gesellschaftlichen Ordnung wächst. Außer der Polizei, die die Jugendlichen verdächtigt und belästigt, gibt es noch den Bürgermeister, der sie entweder in seine Projekte einspannt oder belehrt, die Nachbarn, diese gehässigen und rassistischen Kleinbürger, die sie attackieren, außerdem die Lehrer, Sozialarbeiter und Angestellten des Arbeitsamts, von denen sie gedemütigt und verachtet werden. Es gibt keinen Forderungskatalog; es geht nur darum, weniger unterdrückt, mehr respektiert und schließlich auch anerkannt zu werden. Ein rein aufständisches Empfinden, das sich gegen die allgegenwärtige Ungerechtigkeit richtet.<sup>5</sup>

Die Schilderung Bachmanns und Leguennecs ist aktuell geblieben, all dies wird noch im November 2005 zu verzeichnen sein. Dem liegt aber keine lineare Entwicklung zugrunde. Politische Eingriffe haben den Zyklus der Aufstände immer wieder unterbrechen können. In den 1980er Jahren, bevor es zu der von Bachmann und Leguennec geschilderten Situation kam, waren die Aufstände fast völlig abgeklungen.

Das hatte seinen Grund im Zusammenspiel verschiedener Entwicklungen. Zunächst einmal ist die starke ‚konstruktive‘ Reaktion der damaligen sozialistischen Regierung zu nennen. Mit den Präventivmaßnahmen der im Sommer 1982 erfolgreich lancierten *anti-étés chaud*-Programme (der Programme ‚gegen einen heißen Som-

<sup>5</sup> Bachmann / Leguennec, *Violences urbaines* (wie Anm. 1), S. 355–366.

mer<sup>6</sup>) wurden mehr als 100.000 Jugendliche aus den ‚sensibelsten‘ Stadtteilen in die Ferien geschickt, oder sie wurden vor Ort beschäftigt und streng beaufsichtigt.<sup>6</sup> Auch wurden Maßnahmen zur Eingliederung der Jugendlichen ins Berufsleben ergriffen, so insbesondere nach der Veröffentlichung des sogenannten Schwartz-Berichtes (neue Praktika zur Eingliederung ins Berufsleben, Gründung lokaler Beschäftigungsagenturen). Es gab auch Maßnahmen zur Verbesserung des öffentlichen Bildungssystems (Bestimmung der sogenannten vorrangigen Bildungszonen, der *zones d'éducation prioritaires*, ZEP), zur lokalen Kriminalitätsprävention (hier war der Bürgermeister von Épinay-sur-Seine, Gilbert Bonnemaïson, federführend) sowie zur Sanierung der Sozialwohnungssiedlungen (das Programm *Banlieues 89*). Die linke Regierung liberalisierte später das Rundfunkrecht und gestand den Migranten die vollständige Vereinigungsfreiheit zu.

Vor allem aber verschaffte ein politisches Ereignis den Jugendlichen mit Migrationshintergrund unverhofft Aussicht auf symbolische Anerkennung, und das zu eben dem Zeitpunkt, da der Rassismus, als dessen Opfer sie sich begriffen, durch die Wahlerfolge des *Front National* bei den Kommunalwahlen 1983 und den Europawahlen 1984 hoffähig wurde. Auch dieses Ereignis nahm im Stadtviertel Minguettes in Vénissieux seinen Ausgang. Angesichts anhaltender Spannungen zwischen den Jugendlichen des Viertels und der Polizei wurde ein Hungerstreik organisiert; die Parole lautete: „Gewalt? Das bedeutet, 20 Jahre alt und arbeitslos zu sein, mit der Polizei im Nacken“ („*La violence? C'est d'avoir vingt ans, pas de boulot et la police sur le dos*“). Nach einem Polizeiübergriff, der einen weiteren kollektiven Zornesausbruch auszulösen drohte, beschlossen einige von Pater Delorme, dem ‚Pfarrer von Minguettes‘ beratene Jugendliche, zu einer neuen Form kollektiven Handelns zu greifen: Sie organisierten einen großen, gewaltfreien Protestmarsch durch Frankreich.<sup>7</sup> Was als ‚Marsch der Araber‘ (*marche des beurs*) bekannt werden

---

<sup>6</sup> François Dubet / Adil Jazouli / Didier Lapeyronnie, *L'État et les jeunes*, Paris 1985.

<sup>7</sup> Adil Jazouli, *L'action collective des jeunes maghrébins de France*, Paris 1986.

sollte, stieß 1983 in der Politik und den Medien auf beträchtliche Resonanz. Außerdem ging aus der Mobilisierung eine intensive Vereinstätigkeit hervor. Letztere wurde durch die politischen Parteien unterstützt, denn diese legten immer größeren Wert auf die Wählerstimmen der Migranten. Das gilt insbesondere für die Sozialistische Partei, die sich an der Gründung des landesweiten Vereins *SOS Racisme* beteiligte.<sup>8</sup>

Auf den Enthusiasmus der ersten Hälfte der 1980er Jahre folgte allerdings in der zweiten Hälfte der Dekade Ernüchterung. Die politischen Maßnahmen zur Eingliederung der Jugendlichen ins Berufsleben erwiesen sich gegenüber einem verheerenden Anstieg der Erwerbslosigkeit als wirkungslos: Die Zahl der Erwerbslosen erhöhte sich von fast 500.000 (1974) auf eine Million (1977) und dann auf knapp anderthalb Millionen (1980), um anschließend weiter anzusteigen auf zwei Millionen (1983) und schließlich auf 2,5 Millionen (1985). Zwar stabilisierte sich die Erwerbslosigkeit 1985–90, in den *quartiers populaires* tat sie dies allerdings auf einem ausgesprochen hohen Niveau. Während ein Teil der arbeitenden Väter die Aussicht auf eine Rückkehr ins Erwerbsleben endgültig verlor („Langzeitarbeitslosigkeit“), stieg der Prozentsatz der erwerbslosen gering qualifizierten und unqualifizierten Jugendlichen bis zum Ende des Jahrzehnts auf durchschnittlich 30 Prozent. Für die betroffenen Familien bedeutete diese Entwicklung eine beträchtliche materielle und moralische Belastung; sie erschwerte auch den Sozialarbeitern ihre Tätigkeit und beschleunigte darüber hinaus die Ausbreitung der Delinquenz und insbesondere des Drogenkonsums. Letzterer wirkte sich verheerend auf die *quartiers populaires* aus; später sollte der Drogenzwischenhandel dort zur ökonomischen Überlebensstrategie werden.<sup>9</sup>

---

<sup>8</sup> Saïd Bouamama, *Dix ans de marche des Beurs*, Paris 1994; Catherine Wihtol de Wenden / Rémy Leveau, *La bourgeoisie. Les trois âges de la vie associative issue de l'immigration*, Paris 2001.

<sup>9</sup> Dominique Duprez / Michel Kokoreff, *Le monde des drogues. Usages et trafics dans les milieux populaires*, Paris 2000.

Auf der politischen Ebene musste schließlich das Scheitern des Versuchs zur Kenntnis genommen werden, eine ‚*beur*-Bewegung‘ aufzubauen, und das zu eben der Zeit, als sich die extreme Rechte und ihr xenophober Diskurs im politischen Leben festsetzten.<sup>10</sup> Das unbefriedigte Anerkennungs- und Partizipationsbedürfnis der Jugendlichen mit Migrationshintergrund verwandelte sich in eine identitäre und nunmehr jenseits des politischen Feldes verortete Affirmation der eigenen Differenz.<sup>11</sup> Einerseits erfreute sich die Kultur des Hip Hop bei den Jugendlichen in den Vierteln zunehmender Beliebtheit. Andererseits fanden auch manche Jugendliche zu einer Religiosität, die in einem Land, das politisch von einer unbeugsam laizistischen Kultur des Republikanismus geprägt ist, rasch zum Gegenstand massiver Missbilligung werden musste. 1989 kam es zur ‚Kopftuchaffäre‘, in der eine neue ‚Furcht vor dem Islam‘ in verdichteter Form zum Ausdruck kam. Die Nachkommen der maghrebinischen Migranten wurden noch weiter in die politische Isolation getrieben. Rasch wurden ihnen – von rechts, aber häufig auch von links – mangelhafte Integration und die Bildung identitärer Enklaven (‚Kommunitarismus‘) vorgeworfen.<sup>12</sup> Das Zwischenspiel der 1980er Jahre war vorbei. Bald sollte das Phänomen der gewaltvollen Aufstände zurückkehren, um dann zu einem dauerhaften Bestandteil der französischen Gesellschaft zu werden.

## 1.2 Die Verstetigung der Aufstände in den 1990er Jahren

Innerhalb eines Zeitraums von acht Monaten (zwischen Oktober 1990 und Mai 1991) kam es in Vaulx-en-Velin, Argenteuil, Sartrouville und

---

<sup>10</sup> Jean-Marie Le Pen erhielt in der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen von 1988 fast 4,4 Millionen Stimmen, also 14,5 Prozent der Gesamtstimmen; allerdings lag sein Stimmenanteil in den großen industriellen Ballungsgebieten, wo auch die Bevölkerung mit maghrebinischem oder schwarzafrikanischem Migrationshintergrund konzentriert ist, bedeutend höher. Vgl. Henri Rey, *La peur des banlieues*, Paris 1996.

<sup>11</sup> Didier Lapeyronnie, *L'individu et les minorités. La France et la Grande-Bretagne face à leurs immigrés*, Paris 1993, S. 261 ff.

<sup>12</sup> Jocelyne Cesari, *Faut-il avoir peur de l'Islam?*, Paris 1997.



Mantes-la-Jolie zu einer Reihe von Aufständen, die in der öffentlichen Diskussion einen beträchtlichen Nachhall hervorriefen. Ausgangspunkt war stets der mit einem Polizeieinsatz zusammenhängende Tod eines Jugendlichen aus dem Viertel (mit Ausnahme von Sartrouville, wo es der Angestellte eines privaten Sicherheitsunternehmens war, der einen Jugendlichen in der Kantine eines Supermarkts tötete). Im Vergleich zu den ‚Zwischenfällen‘ vom Sommer 1981 hatte sich die Gewaltbereitschaft sowohl der Jugendlichen als auch der Polizei gesteigert, und die Aufstände gingen nun mit Plünderungen und Vandalismus einher. Allen war klar, dass eine neue Qualität erreicht worden war. Das Wort ‚Aufstand‘ (*émeute*) setzte sich nun in der öffentlichen Diskussion durch; auch der Vergleich mit England und den USA wurde häufiger gezogen als zuvor.<sup>13</sup> Die Polizeigewerkschaften übten beträchtlichen Druck auf die Politiker aus. Sie führten den Ausdruck ‚urbane Gewalt‘ (*violence urbaine*) ein – Aufstände seien lediglich das letzte Stadium solcher Gewalt – und propagierten die Vorstellung, bei bestimmten Stadtteilen handle es sich um ‚rechtsfreie Zonen‘, die von Drogenhändlern kontrolliert würden und nur durch Gewalt ‚wieder einzunehmen‘ seien.<sup>14</sup>

Die Sozialisten, erneut an der Regierung, reagierten, indem sie ein Stadtministerium gründeten und ein Gesetz zu dem entwarfen, was nun als ‚Stadtpolitik‘ (*politique de la ville*) bezeichnet wurde. Dieses sogenannte ‚stadtpolitische Orientierungsgesetz‘ wurde am 13. Juli 1991 verabschiedet. Es umfasst eine Vielzahl von Maßnahmen, die auf 400 als besonders kritisch identifizierte Stadtviertel zugeschnitten sind. Auch die polizeiliche Kontrolle dieser Viertel wurde ausgebaut. Innerhalb der Generaldirektion des polizeilichen Nachrichtendienstes wurde eine neue Abteilung eingerichtet, die die Viertel beobachten sollte; außerdem kam es zur Gründung einer neuen polizeilichen Sondereinheit, der Antikriminalitätsbrigaden

---

<sup>13</sup> Rey, *La peur des banlieues* (wie Anm. 10).

<sup>14</sup> Laurent Mucchielli, *Violences et insécurité. Fantômes et réalités dans le débat français*, Paris 2002.

(*brigades anti-criminalité*, BAC).<sup>15</sup> Ungeachtet der jeweils unterschiedlichen Auffassungen und Budget-Prioritäten der verschiedenen Regierungen prägen diese zwei Ansätze, die Stadtpolitik und die Sicherheitspolitik, das staatliche Vorgehen bis heute. Und man kann mittlerweile konstatieren, dass sich beide politischen Ansätze als ungeeignet erwiesen haben, das Blatt zu wenden. Seit den Jahren 1990–91 und bis in die heutige Zeit hat sich der Aufstand als Form kollektiven Handelns bei den Jugendlichen aus den *quartiers populaires* durchgesetzt. Aufstände der Jugendlichen sind seit Anfang der 1990er Jahre dutzendweise zu verzeichnen gewesen, insbesondere in den Lyoner und Pariser Ballungsgebieten (in der Pariser Region ist nun nicht mehr nur das *département* Yvelines betroffen, sondern alle sechs *départements* des Pariser Umlands).<sup>16</sup> Und diese Entwicklung hält an. Zwar brüstete sich die Regierung Villepin zwischen 2003 und 2005 mit einem ‚Rückgang der urbanen Gewalt‘, doch die lokalen Aufstände setzten sich tatsächlich fort.<sup>17</sup> Und das, was sich im November 2005 ereignete, war das gerade Gegenteil des von der Regierung bis dahin behaupteten Rückgangs.

### 1.3 November 2005: Die Phase der Ausbreitung und Verallgemeinerung

Drei Wochen lang, vom 27. Oktober bis zum 17. November 2005, kam es in Frankreich zu einer bis dahin noch nicht gesehenen Entwicklung: Zum ersten Mal verlor ein Aufstand seinen lokalen Charakter und breitete sich auf das gesamte Staatsgebiet aus. Im Laufe der drei Wochen kam es in beinahe 300 Kommunen zu mehr oder

---

<sup>15</sup> Die Polizeieinheiten der BAC rekrutieren sich im Wesentlichen aus jungen Polizisten, die vor allem nachts und in Zivilkleidung in den ‚sensiblen Stadtgebieten‘ eingesetzt werden, um Delinquenten auf frischer Tat zu greifen.

<sup>16</sup> Genannt seien die Aufstände in Mulhouse (1994), Straßburg (1995 und 2002), Châteauroux (1996), Charleville-Mézières (1996), Dammarie-les-Lys (1997), Toulouse (1998), Amiens (1999 und 2000), Lille (2000), Metz (2001), Nîmes (2003) und Avignon (2003).

<sup>17</sup> Für das Jahr 2005 sei an die Aufstände in Aubervilliers (April 2005) und in Vaulx-en-Velin (Oktober 2005) erinnert.

weniger schwerwiegenden Ausschreitungen; zu den etwa 10.000 angezündeten Autos kamen noch einige hundert sonstige Brandstiftungen und Sachbeschädigungen hinzu, die öffentlichen Gebäuden, vor allem Schulgebäuden galten. Laut der im Dezember 2005 von Innenministerium erstellten Bilanz haben die Ordnungskräfte etwa 5.200 Festnahmen vorgenommen. Das Justizministerium hat etwa 600 Personen zu Gefängnisstrafen verurteilt; unter den Verurteilten befanden sich auch Minderjährige. In zahlreichen Fällen stand das Urteil Ende 2005 noch aus. Nie zuvor hatte der Staat in einem solchen Umfang seine Repressionskräfte mobilisiert: Auf dem Höhepunkt der Aufstände waren täglich bis zu 11.500 Polizisten und Gendarmen im Einsatz, unterstützt durch sieben mit Leuchtscheinwerfern und Kameras ausgestattete Helikopter, die nächtelang bestimmte Viertel überflogen. Die ausländische Presse stellte Frankreich als ein Land im Bürgerkrieg dar, und die Regierungsspitze reagierte panisch. Am 8. November verhängte der Premierminister über das gesamte Territorium Kontinentalfrankreichs den Ausnahmezustand, wobei er auf ein am 3. April 1955 im Kontext des Algerienkrieges verabschiedetes und seitdem nur noch einmal (1985 in Neukaledonien) zur Anwendung gekommenes Gesetz zurückgriff. Das Gesetz erlaubt es den Polizeipräsidenten, zu bestimmten Stunden und in bestimmten Gebieten die Mobilität von Personen und Fahrzeugen einzuschränken, die provisorische Schließung von Kinos, Theatersälen, Cafés, Bars und anderen Versammlungsorten anzuordnen, Personen unter Hausarrest zu stellen, nächtliche Durchsuchungen durchzuführen und Fluchtverdächtige auch dann zu verfolgen, wenn sie sich auf Privateigentum befinden. Die Polizeipräsidenten von 25 *départements* wurden befugt, das Gesetz in ihrer Stadt oder in einem Teil derselben anzuwenden (allerdings machten nur sieben von ihnen auch tatsächlich von dem Gesetz Gebrauch).

Wir gehen hier nicht auf den Verlauf der auslösenden Ereignisse in der Pariser Vorstadt Clichy-sous-bois ein, da er anderswo aus-

führllich dargestellt worden ist.<sup>18</sup> Wir wollen vielmehr versuchen, das Spezifische der Aufstände von 2005 herauszuarbeiten. In gewisser Hinsicht wiesen diese Aufstände keinerlei überraschende Eigenschaften auf: Sämtliche ‚schwerwiegende Zwischenfälle‘ (etwa eine größere Zahl Brandstiftungen und Auseinandersetzungen mit den Ordnungskräften) fanden in den ‚sensiblen Stadtgebieten‘ statt, deren Kartographie bereits Mitte der 1990er Jahre erstellt wurde.<sup>19</sup> Auch die Akteure waren dieselben, nämlich Heranwachsende und junge Erwachsene aus kinderreichen Familien, die unter prekären Verhältnissen leben und einen Migrationshintergrund aufweisen. Die meisten dieser Heranwachsenden und jungen Erwachsenen waren erwerbslos oder gingen noch zur Schule und drohten dort aus der Gruppe der einigermäßen erfolgreichen Schüler herauszufallen.<sup>20</sup> Auch der Beginn des ersten Aufstands hatte typischen Charakter: Zwei Jugendliche starben in Zusammenhang mit einem Polizeieinsatz. Schließlich waren auch die Formen des kollektiven Handelns die üblichen. Neu waren nur die zahlreichen Angriffe auf Schulgebäude – auf sie wird zurückzukommen sein – und die Tatsache, dass die Aufständ-

---

<sup>18</sup> Hugues Lagrange / Marco Oberti (Hg.), *Émeutes urbaines et protestations. Une singularité française*, Paris 2006, S. 37–58, 105–130; Laurent Mucchielli / Véronique Le Goaziou (Hg.), *Quand les banlieues brûlent. Retour sur les émeutes de novembre 2005*, Paris 2007; Mauger, *L'émeute de novembre 2005* (wie Anm. 2); Michel Kokoreff, *Sociologie des émeutes*, Paris 2008.

<sup>19</sup> Es kam aber nicht in allen ‚sensiblen Stadtgebieten‘ zu Aufständen. Darauf wird noch zurückzukommen sein.

<sup>20</sup> Hugues Lagrange hat insbesondere die Rolle von Jugendlichen aus kinderreichen Familien ‚schwarzafrikanischer Herkunft‘ betont und sich dabei auf die Kommunalstatistiken des französischen Statistikinstituts INSEE sowie auf seine eigenen Untersuchungen berufen: Hugues Lagrange, *Autopsie d'une vague d'émeutes*, in: Lagrange / Oberti, *Émeutes urbaines et protestations* (wie Anm. 18), S. 37–58, hier S. 42–43; ders., *La structure et l'accident*, in: ebd., S. 105–130, hier S. 108–109. Eine andere Untersuchung hat ergeben, dass es sich bei 23 Prozent der minderjährigen Aufständischen aus Seine-Saint-Denis, die am Gerichtshof von Bobigny verurteilt wurden, um junge Franzosen ‚schwarzafrikanischer Herkunft‘ handelte; verglichen mit den 55 Prozent Franzosen ‚maghrebinischer Herkunft‘ ist dies ein recht geringer Prozentsatz: Aurore Delon / Laurent Mucchielli, *Les mineurs émeutiers jugés au tribunal de Bobigny*, in: *Claris. La revue*, 1 (2006), S. 5–16.

schen in hochmobilen Kleingruppen agierten, anstatt sich auf frontale Auseinandersetzungen mit den Ordnungskräften einzulassen (was wohl auch die geringe Zahl Schwerverletzter erklärt).

Die wesentliche Besonderheit der Aufstände im November 2005 besteht also zweifellos in ihrer Ausbreitung. Erstmals in der jüngeren Geschichte Frankreichs hat ein lokaler Aufstand auch hunderte von Kilometern jenseits der betroffenen Stadt eine größere Wirkung entfaltet. Zum ersten Mal ist über das gesamte Land hinweg ein *kollektiver Identifikationsprozess* in Gang gekommen. Seine Hintergründe gilt es im Folgenden zu erkunden.

## 2. Die Hintergründe der Wut

Um ein objektives Bild vom Hintergrund der Aufstände von 2005 zu erhalten, sollten wir uns zunächst einmal den Akteuren, das heißt den Aufständischen zuwenden. Diese haben in der Tat ‚gute Gründe‘ für ihr Vorgehen; sie ‚drücken etwas aus‘. Das bedeutet aber nicht, dass sie sich auch sämtlicher Faktoren, die ihre Lebenserfahrungen bestimmen, bewusst sind. Daher werden auch die Dynamiken zu reflektieren sein, die diese Lebenserfahrungen (auf vielfach vermittelte Weise) strukturieren.

### 2.1 Das Verhältnis der Aufständischen zu den Institutionen

Im Zuge einer soziologischen Untersuchung haben Abderrahim Aït-Omar und ich Aufständische aus einer Kommune der Pariser Region interviewt, die außerhalb von Seine-Saint-Denis liegt und also nicht an Clichy-sous-bois angrenzt.<sup>21</sup> Was sagen die von uns befragten Personen? Sie bringen Gefühle der Wut und der Demütigung zum Ausdruck und beschreiben sich als Opfer von Ungerechtigkeit, wobei deutlich wird, dass diese Gefühle und dieser Eindruck mit ihren Alltagserfahrungen zusammenhängen. Insgesamt benennen

---

<sup>21</sup> Laurent Mucchielli / Abderrahim Aït-Omar, Les émeutes de novembre 2005. Les raisons de la colère, in: Mucchielli / Le Goaziou, Quand les banlieues brûlent (wie Anm. 18), S. 11–35.

sie eine Vielzahl von Faktoren, von denen aber nicht alle die gleiche Bedeutung haben. Zwar beziehen sich einige auf das auslösende Drama von Clichy-sous-bois. Sie tun dies aber vor allem, um darauf hinzuweisen, dass die Polizei in die Ereignisse verwickelt war und der Innenminister versucht hat, dies zu vertuschen. Tatsächlich zeigen die Jugendlichen, wenn sie sich auf das auslösende Drama beziehen, keine besondere Gemütsregung (mit Ausnahme eines Jugendlichen, der mit Einwohnern von Clichy befreundet ist). Manche der Jugendlichen erwähnen zwar die Tränengasgranate, die von der Polizei in Richtung des Eingangs der Moschee von Clichy geworfen wurde (zur Gebetsstunde und während des Ramadan). Doch es ist nicht so sehr der Granatenwurf selbst, der die Beteiligung dieser Jugendlichen am Aufstand ausgelöst hat, als vielmehr das Ausbleiben jeglicher Entschuldigung seitens der Polizei. Einige sprechen auch über die Dynamik der sozialen Beziehungen vor Ort: Sie erzählen, wie die Jugendlichen aneinander angrenzender Viertel und teilweise auch die eines einzigen Viertels während der Aufstände miteinander konkurriert und sich gegenseitig zu überbieten versucht hätten; einige der ‚Kleinen‘ hätten ihren Mut unter Beweis zu stellen versucht, um so in der lokalen Anerkennungshierarchie aufzusteigen.<sup>22</sup> All das spielt eine Rolle, ist aber nicht ausschlaggebend. Es sind andere Fragen, die im Mittelpunkt stehen und aus denen sich ‚die Wut‘ erklärt, von der die Jugendlichen sprechen, ihr ‚Hass‘ und ihr Wunsch, ‚alles kurz und klein zu hauen‘. Die Wut der Jugendlichen ist vor allem als Auflehnung gegen eine Situation der *Demütigung* zu verstehen. Einige erzählen, wie sie bei der Arbeitssuche diskriminiert worden seien und sprechen vom Mangel an Arbeitsplätzen. Die meisten aber führen ihre Demütigung auf die *Schule* zurück. Schließlich bezeichnen alle, ohne eine einzige Ausnahme, ihr Verhältnis zur *Polizei* als alltägliche Quelle ihres Gefühls

---

<sup>22</sup> Vgl. David Lepoutre, *Cœur de banlieue. Codes, rites et langages*, Paris 1997; Thomas Sauvadet, *Le capital guerrier. Solidarité et concurrence entre jeunes de cité*, Paris 2006; Marwan Mohammed / Laurent Mucchielli, *La police dans les « quartiers sensibles » : un profond malaise*, in: Mucchielli / Le Goaziou, *Quand les banlieues brûlent* (wie Anm. 18), S. 104–125.

der Demütigung und ihres Eindrucks, ungerecht behandelt zu werden. Die Wut der Aufständischen hat sich denn auch vor allem gegen zwei Institutionen gerichtet: in erster Linie gegen die Polizei, ansonsten vor allem gegen die Schule.

Ein vorwiegend ‚anti-polizeilicher Charakter des Aufstands‘ wird bereits seit einiger Zeit konstatiert, und das nicht nur in Frankreich, sondern auch in England und den USA.<sup>23</sup> So kann das Bedürfnis, sich an den Polizisten zu rächen, als das Hauptmotiv der Aufständischen angesehen werden. Dabei hat sich die Polizei nicht einfach der Gewalt der Jugendlichen gestellt, sondern sie hat diese auch provoziert, etwa durch massiertes Auftreten und verstärkte Personenkontrollen in Vierteln, in denen es bis dahin noch nicht zum Aufstand gekommen war.<sup>24</sup> Ein solches Verhalten mag überraschen, wird es doch im medialen und politischen Diskurs übergangen. Die Kräfteverhältnisse, Provokationen, Übergriffe und Racheakte, die die Alltagsbeziehungen zwischen Jugendlichen und Polizisten strukturieren, *und die eine wesentliche Lebenserfahrung der Jugendlichen darstellen und sich zuweilen auch in das kollektive Gedächtnis der Einwohner einschreiben*,<sup>25</sup> werden in den Medien und in den Reden der Politiker nicht erwähnt.

Wer diese Realität verkennt, ist aber nicht befähigt, den Ausbruch und den Verlauf der Aufstände angemessen zu analysieren und wird auch nicht verstehen können, weshalb die kalkuliert provokanten Äußerungen des damaligen Innenministers Nicolas Sarkozy so stark auf die Jugendlichen aus den Vierteln gewirkt haben.<sup>26</sup> Das Gefühl

---

<sup>23</sup> Didier Lapeyronnie, *Les émeutes urbaines en France, en Grande Bretagne et aux Etats-Unis*, in: *Regards sur l'actualité*, 319 (2006), S. 5–14; ders., « Révolte primitive » dans les banlieues françaises, in: *Déviance et société*, 30 (2006), 4, S. 431–448; David Waddington / Fabien Jobard / Mike King (Hg.), *Rioting in the UK and France. A Comparative Analysis*, London 2009.

<sup>24</sup> Kokorreff, *Sociologie des émeutes* (wie Anm. 18).

<sup>25</sup> Michel Kokorreff, *La force des quartiers. De la délinquance à l'engagement politique*, Paris 2004; Mohammed / Mucchielli, *La police dans les « quartiers sensibles »* (wie Anm. 22).

<sup>26</sup> Nasser Demiaty, Nicolas Sarkozy, ministre de l'Intérieur et pompier-pyromane, in: Mucchielli / Le Goaziou, *Quand les banlieues brûlent* (wie Anm. 18), S. 58–76.

der Demütigung, mit dem die Jugendlichen leben, ist durch diese Äußerungen gleichsam potenziert worden. Abgesehen davon, dass sie auf ihr Bedürfnis, Rache an der Polizei zu üben, zu sprechen kamen, äußerten sich mehr als die Hälfte der befragten Aufständischen auch aggressiv und verbittert über eine andere staatliche Institution, nämlich die Schule. Dies war insbesondere bei denjenigen der Fall, die ihre Schullaufbahn abgeschlossen hatten und sich nunmehr als Erwerbslose sowie als Beteiligte an einer kleinkriminellen, etwa auf dem Zwischenhandel mit Cannabis gründenden Überlebensökonomie wiederfanden. Die Verbitterung über die Schule mag eine bereits erwähnte Besonderheit der Aufstände vom November 2005 erklären, nämlich die ungewohnt hohe Zahl der Angriffe auf Schulgebäude. Die Aufständischen haben in diesem Zusammenhang eine Wut zum Ausdruck gebracht, die ebenso ausgeprägt ist wie die auf die Polizei, nämlich jene auf eine Institution, die ihnen ‚die Zukunft ruiniert‘, also die Eingliederung in die Gesellschaft versperrt habe. Auch von der Schule fühlten sich die Befragten zutiefst gedemütigt. Überdies warfen sie den Lehrern Scheinheiligkeit vor: Die Reden über Aufstieg und Erfolg, die die Lehrer ihren Schülern halten würden, würden einhergehen mit einem ausgrenzenden Verhalten gegenüber Jugendlichen migrantischen Hintergrunds. Sowohl im Unterricht als auch bei der Schülerbetreuung außerhalb des Unterrichts würden solche Jugendliche von den Lehrern vernachlässigt werden. Dabei seien gerade Jugendliche mit migrantischem Hintergrund auf die Unterstützung der Lehrer angewiesen, denn sie könnten sich bei der Erledigung ihrer Schulaufgaben meist nicht auf elterliche Hilfe verlassen.<sup>27</sup>

Bei der Auswertung der Interviews werden also die Hauptgründe für die Wut der Aufständischen erkennbar. Es handelt sich um verschiedene Formen von Demütigung, die diese jungen Männer in ihrem Alltag erfahren und die auch ihre Familien häufig, wenn auch

---

<sup>27</sup> Stéphane Beaud, 80 % au bac... et après ? Les enfants de la démocratisation scolaire, Paris 2003; Martine Chomentowski, L'échec scolaire des enfants de migrants. L'illusion de l'égalité, Paris 2009.



nicht immer im gleichen Ausmaß, betreffen. Außer diesem Kernmotiv müssen aber auch die Schnittstellen zu anderen Problemen untersucht werden. Um das tun zu können, sollten wir uns zunächst von einer zutiefst irreführenden Vorstellung freimachen, nämlich von der These, dass die von den Aufständischen zum Ausdruck gebrachte Wut von niemandem sonst empfunden werde, dass die Aufständischen also eine Minderheit seien verglichen mit der Masse der übrigen Einwohner der *quartiers populaires* (die oft als ‚Opfer‘ oder ‚Geiseln‘ der Aufständischen dargestellt werden). Diese These hält empirischer Prüfung nicht stand.

## 2.2 Aufständische und Nicht-Aufständische in den Vorstadtvierteln

In der von den Politikern und in den Medien geführten Debatte sind die Aufstände meistens auf eine Konfrontation zwischen den Aufständischen und der Polizei reduziert worden, bei der die übrigen Einwohner des Viertels missbilligend zusehen und um ihr Auto fürchten – ein Bild, das keine sehr genaue Beobachtungsgabe verrät und den verschiedenen Graden der Beteiligung sowie der Pluralität der Einwohner nicht gerecht wird.<sup>28</sup> Tatsächlich lassen sich verschiedene Grade der Beteiligung am Aufstand unterscheiden. Es gibt die kleinen und hochaktiven Gruppen an den Brennpunkten des Konflikts. Es gibt aber auch noch weitere, weniger tollkühne Beteiligte, und es gibt jene, die die unmittelbar in die Auseinandersetzungen Involvierten aus dem Hintergrund des Geschehens heraus, das heißt von den Gehsteigen, den Fenstern oder den Dächern aus anfeuern und Informationen an sie weitergeben. Die gänzlich

---

<sup>28</sup> Éric Marlière, *Jeunes en cité. Diversité des trajectoires ou destin commun ?*, Paris 2005; ders., *Les habitants des quartiers : adversaires ou solidaires des émeutiers ?*, in: Mucchielli / Le Goaziou, *Quand les banlieues brûlent* (wie Anm. 18), S. 77–92; Marwan Mohammed, *Les voies de la colère: ‘violences urbaines’ ou révolte d’ordre politique ? L’exemple des Hautes-Noues à Villiers-sur-Marne*, in: *Socio-logos*, 2 (2007), [<http://socio-logos.revues.org/document352.html>] (Download 1. Dezember 2009).

Unbeteiligten bilden ebenfalls eine heterogene Gruppe: Einige zeigen Verständnis oder ermutigen die Aufständischen auf ihre Weise, andere stehen dem Geschehen relativ gleichgültig gegenüber und wieder andere missbilligen es mehr oder weniger ausdrücklich. Es gibt zweifellos Einwohner, die die Aufstände gänzlich missbilligen; es handelt sich aber um eine Minderheit, deren Solidaritätsverweigerung gegenüber den übrigen Einwohnern meist mit langfristigen ‚ethnisierten‘ Konflikten zusammenhängt.<sup>29</sup> Der Soziologe Éric Marlière hat Einwohner mit Migrationshintergrund befragt – sowohl Mütter und Väter als auch junge Männer, die sich nicht am Aufstand beteiligt haben – und dabei einen wesentlichen Sachverhalt herausgearbeitet:<sup>30</sup> Diese Einwohner missbilligen zwar den Aufstand als Handlungsweise und beklagen, dass das Auto des Nachbarn oder die Schule des kleinen Bruders angezündet wurden, bringen den Aufständischen aber zugleich Verständnis, ja sogar regelrechte Empathie entgegen.<sup>31</sup> Die von den Aufständischen durch gewaltsame Handlungen zum Ausdruck gebrachte Wut wird also von vielen ihrer Familienangehörigen und Nachbarn als legitim angesehen; diese leben im Großen und Ganzen unter denselben Verhältnissen wie die Aufständischen und empören sich über dieselben Vorkommnis-

---

<sup>29</sup> So ist die Einstellung bestimmter Arbeiterfamilien ‚französischen Hintergrunds‘ gegenüber den Einwohnern mit ‚Migrationshintergrund‘ seit längerer Zeit von Resentiment und Fremdenfeindlichkeit geprägt, obwohl beide Gruppen unter denselben Verhältnissen leben. Die Familien ‚französischen Hintergrunds‘ werfen denen mit ‚Migrationshintergrund‘ vor, den Stadtteil vereinnahmt und seiner Identität beraubt zu haben. Vgl. Véronique Le Goaziou / Charles Rojzman, *Comment ne pas devenir électeur du Front national*, Paris 1998; Florence Haegel / Henri Rey / Yves Sintomer (Hg.), *La xénophobie en banlieue. Effets et expressions*, Paris 2000.

<sup>30</sup> Éric Marlière, *La France nous a lâchés ! Le sentiment d’injustice chez les jeunes des cités*, Paris 2008.

<sup>31</sup> In der Sozialwissenschaft und insbesondere in der Analyse des Aufstandsphänomens ist das keine ganz neue Entdeckung. Bereits im US-amerikanischen Kerner-Report (1968) und im britischen Scarman-Report (1981) wurde die stillschweigende Unterstützung der Aufständischen durch einen Großteil der Einwohner konstatiert. Vgl. Michael Keith, *Race, Riots and Policing. Lore and Disorder in a Multi-Racial Society*, London 1993; Peter Joyce, *The Politics of Protest. Extra-Parliamentary Politics in Britain since 1970*, London 2002.

se. Ihre Aussagen erweitern unser Verständnis des Aufstands und seiner Bedeutung.

Die Aussagen der Eltern erlauben es uns auch, besser zu verstehen, weshalb die Schulfrage in den *quartiers populaires* eine solche Bedeutung angenommen hat. Die eingewanderten Eltern und insbesondere die Mütter, die sich am häufigsten um die Kinder und deren Schulausbildung kümmern, und von denen man vielleicht erwarten würde, dass sie sich einiges von dieser Schulausbildung versprechen, zeigen sich schwer enttäuscht nicht nur angesichts der oft schwachen schulischen Leistungen ihrer Kinder, sondern auch angesichts der Lehrkräfte, mit denen sie teilweise demütigende Erfahrungen verbinden. Die Enttäuschung der Eltern gilt auch dem, was sie als das ungerechte Verhalten der Lehrer gegenüber Schülern unterschiedlichen Hintergrunds wahrnehmen; dieses Verhalten zeige sich insbesondere bei den am Ende der Hauptschule anstehenden Entscheidungen hinsichtlich der weiteren schulischen oder beruflichen Laufbahn. Die Eltern sind der Ansicht, bei diesen Entscheidungen gehe es um das spätere Ausmaß wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Teilhabe. So erklärt sich die zunehmend angespannte Situation an den Hauptschulen der *quartiers populaires*.

Die Aufständischen sprechen nicht von der Erwerbslosigkeit (die einige von ihnen auch noch gar nicht selbst erfahren haben), doch diese ist in ihrem Umfeld allgegenwärtig. Sie ist auch das Thema, von dem die befragten Familienväter am häufigsten sprechen, und zwar voller Wut und Verzweiflung. Den von der Erwerbslosigkeit betroffenen Familien ist bewusst, dass auf der Schule über die künftige soziale Stellung der jüngeren Familienangehörigen entschieden wird. Deren Schulversagen oder Marginalisierung innerhalb des Schulwesens führen in der gesamten Familie zu einem Eindruck des Scheiterns, der Ausgrenzung und der verhinderten räumlichen und sozialen Mobilität.

In den Aussagen der jungen Erwachsenen migrantischen Hintergrunds, die sich nicht am Aufstand beteiligt haben (es handelt sich meistens um die älteren Kinder der Familie, manchmal auch um die

älteren Brüder von Aufständischen) gibt sich noch ein weiterer Aspekt des Problems zu erkennen. Diese jungen Erwachsenen berichten ebenfalls von ihrer wirtschaftlichen und sozialen Ausgrenzung. Sie erleben diese Ausgrenzung aber trotz ihrer erfolgreich abgeschlossenen Schullaufbahn und teilweise sogar trotz ihrer Erlangung höherer Universitätsabschlüsse. Dieser Sachverhalt schlägt sich auch immer deutlicher in den Statistiken nieder (dazu im Folgenden mehr). Vor allem fügt sie den beschriebenen Eindrücken des Scheiterns, der Ausgrenzung und der verhinderten Mobilität noch den hinzu, ungerecht behandelt zu werden, was wiederum Wut und Empörung nach sich zieht. So wandelt sich die Resignation in Ressentiment und in einen an die gesamte ‚französische Gesellschaft‘ adressierten *Rassismusbewertung*, der in der Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt eine weitere Bestätigung findet. Bei vielen jungen Erwachsenen führt die Anhäufung entsprechender Erfahrungen zur Herausbildung eines geschlossenen Weltbildes, in dem letztlich alles aus dem Rassismus erklärt wird.<sup>32</sup>

Die Befragung der Familien erlaubt es also, das Spektrum der Analyse zu erweitern und über die von den Protagonisten benannten Gründe für den Aufstand hinauszugehen, das heißt vorzudringen zu jenem *tief empfundenen Gefühl der Ungerechtigkeit* und jenen *Erfahrungen der Demütigung*, aus denen sich nicht nur die Gewalt der Aufständischen erklärt, sondern auch die Tatsache, dass ein Großteil der Einwohner den Aufstand nicht verurteilt hat. Nach dieser Auseinandersetzung mit den Aussagen der Akteure gilt es nun, den Blick auf die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Faktoren zu vertiefen, die die Situation in den *quartiers populaires* prägen, um so zu einer objektiven und historisch fundierten Einschätzung dieser Situation zu gelangen.

---

<sup>32</sup> Marlière, La France nous a lâchés ! (wie Anm. 30).

### 3. Der sozio-räumliche Kontext der Aufstände

Untersucht man die Sozialgeographie der Aufstände, dann stößt man sofort auf die Bedeutung jener Stadtteile, die das französische Statistikamt INSEE seit 1996 als ‚sensible Stadtgebiete‘ (*zones urbaines sensibles*, ZUS) bezeichnet. Nach mehr als 20 Jahren Studien zu den *quartiers populaires* und nach den verschiedenen Forschungsprojekten, die die Entwicklung der französischen Stadtpolitik begleitet haben,<sup>33</sup> erübrigt es sich, noch einmal zu beweisen, dass Prekarität und soziale Ausgrenzung in den 751 ‚sensiblen Stadtgebieten‘, die 1999 4,7 Millionen Menschen, also acht Prozent der französischen Bevölkerung beherbergten, eine extreme räumliche Verdichtung erfahren.<sup>34</sup> Und zwar in einem solchen Ausmaß, dass wir es für berechtigt halten, von einem *Ghettoisierungsprozess* zu sprechen. Zwar kann es nicht darum gehen, einen unmittelbaren Vergleich anzustellen zwischen den ‚sensiblen Stadtgebieten‘ Frankreichs und den Ghet-

---

<sup>33</sup> Siehe dazu die folgenden klassischen Arbeiten: François Dubet / Didier Lapeyronnie, *Les quartiers d'exil*, Paris 1992; Hervé Veillard-Baron, *Les banlieues*, Paris 1994; Bachmann / Leguennec, *Violences urbaines* (wie Anm. 1). Siehe auch folgende jüngere Arbeiten: Jean-Marc Stébé, *La crise des banlieues*, Paris 2002; Jean-Paul Fitoussi / Laurent Éloi / Joël Maurice, *Ségrégation urbaine et intégration sociale*, Paris 2003. Vgl. schließlich auch das Handbuch von Cyprien Avenel: *Sociologie des « quartiers sensibles »*, Paris 2004, sowie das jüngste Buch von Didier Laypeyronnie: *Ghetto urbain. Ségrégation, violence, pauvreté en France aujourd'hui*, Paris 2008. Aktuelle Angaben sind den seit 2004 jährlich erscheinenden Berichten des Observatoire national des zones urbaines sensibles (ONZUS) zu entnehmen, das durch das Gesetz vom 1. August 2003 gegründet wurde; vgl. Observatoire national des zones urbaines sensibles, *Rapport annuel*, Paris 2004 ff. (im Internet abrufbar unter: [<http://www.ville.gouv.fr>]). Es ist eine Ironie der Geschichte, dass dieses Observatorium seinen Bericht für das Jahr 2005 drei Tage vor dem Ausbruch des Aufstands in Clichy-sous-bois veröffentlichte; vgl. Renaud Epstein / Thomas Kirszbaum, *Après les émeutes, comment débattre de la politique de la ville ?*, in: *Regards sur l'actualité*, 319 (2006), S. 39–48.

<sup>34</sup> Die Aufmerksamkeit, die den ‚sensiblen Stadtgebieten‘ zuteil wird, sollte nicht überschätzt werden. Es ist bezeichnend, dass auf den offiziellen Internetseiten von INSEE und ONZUS 2009 keine Angaben zur Einwohnerzahl der ‚sensiblen Stadtgebiete‘ zu finden waren, die aktueller als die der Volkszählung von 1999 sind, obgleich seit 2006 die Ergebnisse einer neuen Volkszählung vorliegen.

tos bestimmter US-amerikanischer oder südamerikanischer Großstädte.<sup>35</sup> Man sollte aber auch nicht ‚das Kind mit dem Bade ausschütten‘, indem man sich der Analyse eines prozessierenden „sozialen Separatismus“ versagt,<sup>36</sup> der die Kluft zwischen den Lebensbedingungen und Lebensgeschichten verschiedener gesellschaftlicher Gruppen immer weiter werden lässt. Didier Laypeyronnie hat sich kürzlich dahingehend geäußert, dass es angesichts der Aufstände von 2005 an der Zeit sei, vom Ghetto-Begriff Gebrauch zu machen: Der Begriff entspreche zwar „eher dem politischen und journalistischen Sprachgebrauch als dem der Sozialwissenschaften“, habe aber den Vorteil, „eine sehr spezifische soziale Realität zu bezeichnen, nämlich die Konzentration benachteiligter Bevölkerungsgruppen in bestimmten Stadtgebieten. Es handelt sich um Bevölkerungsgruppen, die Opfer ausgeprägter Segregationsmechanismen und rassistischer Diskriminierung sind und die infolgedessen eine spezifische Lebensweise entwickelt haben.“<sup>37</sup> Die Debatte ist noch nicht abgeschlossen. Fest steht aber, dass der Prozess, um den es geht, zwei Arten von Folgen zeitigt: objektive und subjektive. Erstere betreffen die Lebensbedingungen der Einwohner und die Probleme sozioökonomischer Ausgrenzung, die vor allem für Jugendliche gravierend sind. Die subjektiven, aber nicht weniger bedeutenden Folgen hängen mit der Frage zusammen, wie die Einwohner sich selbst, aber auch andere gesellschaftliche Gruppen sowie ihr Verhältnis zu diesen Gruppen wahrnehmen. Diese zwei Seiten des Ghettoisierungsprozesses sollen im Folgenden näher betrachtet werden.

---

<sup>35</sup> Loïc Wacquant, *Parias urbains. Ghetto, banlieues, État*, Paris 2006, S. 145 ff.

<sup>36</sup> Éric Maurin, *Le ghetto français. Enquête sur le séparatisme social*, Paris 2004; Jacques Donzelot, *Quand la ville se défait. Quelle politique face à la crise des banlieues ?*, Paris 2006.

<sup>37</sup> Laypeyronnie, *Ghetto urbain* (wie Anm. 33), S. 12.

### 3.1 Die ‚sensiblen Stadtgebiete‘ und der Ghettoisierungsprozess

Die ‚sensiblen Stadtgebiete‘ zeichnen sich dadurch aus, dass sie zu jedem beliebigen Zeitpunkt hinsichtlich einer ganzen Reihe demographischer, ökonomischer und sozialer Indikatoren beträchtlich vom französischen Durchschnitt abweichen. In der Tabelle 1 haben wir einige Angaben des Statistikinstituts INSEE für das Jahr 1999 zusammengestellt, aus denen die Abweichungen zwischen Kontinentalfrankreich insgesamt, der Region Île-de-France, dem *département* Seine-Saint-Denis mit seinen etwa 1,4 Millionen Einwohnern sowie schließlich zwei Kommunen dieses *départements*, die an den beiden Enden des sozio-ökonomischen Spektrums angesiedelt sind, hervorgehen. Bei den zwei Kommunen handelt es sich um Clichy-sous-bois, wo die Aufstände von 2005 ausgebrochen sind, und Le Raincy, auf dessen Bürgermeister Eric Raoult, ehemals Leiter des Stadtministeriums, einige der abschätzigsten Bemerkungen zu den Ereignissen in Clichy-sous-bois zurückgehen.<sup>38</sup>

	Kontinentalfrankreich	Île-de-France	Seine-St-Denis	Clichy-sous-bois	Le Raincy
Gesamtbevölkerung	58,5 Mio	11 Mio	1,38 Mio	28.288	12.961
Anteil der unter Fünfundzwanzigjährigen (Prozent)	30,9	31,9	34,8	45,6	28,8
Anteil der Angestellten und Arbeiter an der aktiven Bevölkerung (Prozent)	51,9	46	60,9	71,1	35,2
Erwerbslosenquote	12,8	11,5	17,2	23,5	9
Erwerbslosenquote der unter Fünfundzwanzigjährigen	25,6	19,7	26,6	32	17,2

<sup>38</sup> Vgl. Véronique Le Goaziou, *La classe politique française et les émeutes : silence et déni*, in: Mucchielli / Le Goaziou, *Quand les banlieues brûlent* (wie Anm. 18), S. 36–57.

## Urbane Aufstände im heutigen Frankreich

Anteil der Männer unter 25, die in Teilzeit arbeiten (Prozent)	17,8	24,3	24,3	31,1	21,5
Anteil der Einwohner, die in ihrem Hauptwohnsitz zur Miete wohnen (Prozent)	40,7	51,1	57	53,1	34
Anteil der Einwohner mit Hauptwohnsitz in einer Sozialwohnungssiedlung (Prozent)	16	23,4	36	30,2	4,8
Keinerlei Abschluss	20	16,5	24,4	32,4	9,5
Berufsausbildung (CEP/BEPC)	25,4	18,3	24,6	21,8	22,6
Berufsausbildung (CAP/BEP)	24,8	18,2	23,5	26,1	19,3
Abitur ( <i>baccalauréat</i> )	12,2	14,6	12,4	10,9	16,2
Abitur zzgl. Ausbildung / Studium	17,6	26,9	15	9,5	32,3
Anteil der Jugendlichen im Alter zwischen 15 und 19, die sich in Ausbildung befinden (Prozent)	90,3	91,7	90,3	89,8	94
Anteil der Jugendlichen im Alter zwischen 15 und 19 ohne Berufs- oder Schulabschluss (Prozent)	4,3	3,7	4,9	5	2,7
Anteil alleinerziehender Eltern (Prozent)	8,8	9,8	12,3	11,5	10,9
Anteil der Familien mit drei Kindern oder mehr (Prozent)	10,8	11,6	14,7	28,6	8
Anteil der im Namen von Nicht-Franzosen registrierten Haushalte (Prozent)	5,8	12,1	19,3	35,6	6,4

*Tabelle 1: Demographische und sozio-ökonomische Indikatoren (Quelle: INSEE, Erhebung von 1999)*

Die Tabelle zeigt einige der Bereiche auf, in denen die Verhältnisse in Seine-Saint-Denis und mehr noch die in Kommunen wie Clichy-sous-bois von denen der Region Île-de-France (der wohlhabendsten Region Frankreichs) sowie vom französischen Durchschnitt abweichen. Sie zeigt auch das Ausmaß des sozio-ökonomischen Gefälles innerhalb eines einzigen *départements*, in diesem Fall ein Gefälle zwischen zwei Kommunen, die nur wenige Kilometer voneinander entfernt liegen.



Auch innerhalb des Verwaltungsgebiets einzelner Kommunen zeichnen sich die ‚sensiblen Stadtgebiete‘, die in manchen Fällen mehr als die Hälfte der Einwohner stellen, durch ihre Abweichung von den Durchschnittswerten aus. Das geht aus der Tabelle 2 hervor, in der statistische Daten zu zwei der bedeutendsten ‚sensiblen Stadtgebiete‘ im *département* Yvelines zusammengestellt sind. Diese zwei ‚sensiblen Stadtgebiete‘, das Val Fourré und die Cinq quartiers, gehören zu den Gebieten, in denen sich das Phänomen der Aufstände im Laufe der Jahre verstetigt hat.

	Mantes la jolie	Le Val Fourré	Les Mu- reaux	Les Cinq Quar- tiers
Bevölkerung	43.672	25.400	31.722	13 500
Anteil der Bevölkerung des ‚sensiblen Stadtgebiets‘ an der Gesamtbevölkerung der Kommune		58,4 %		42,9 %
Bevölkerungsanteil der unter Zwanzigjährigen (Prozent)	33,5	41,6	33,9	41,4
Erwerbslosenquote	20,2	25,7	16,6	23,8
Erwerbslosenquote der Siebzehn- bis Vierundzwanzigjährigen	32,4	37,7	29,8	39,2
Anteil der Bevölkerung ohne Berufs- oder Schulabschluss (Prozent)	29,9	35,9	31,1	41,8

*Tabelle 2: Demographische und sozio-ökonomische Indikatoren (Vergleich zwischen zwei Kommunen und ihren ‚sensiblen Stadtgebieten‘) (Quelle: INSEE, Erhebung von 1999)*

Es genügt natürlich nicht, demographische, ökonomische und soziale Indikatoren miteinander zu vergleichen. Es muss zugleich nach den Wirkungen gefragt werden, die die in der Statistik abgebildeten Verhältnisse in der kollektiven Psychologie entfalten. Schließlich muss auch untersucht werden, wie sich der Ghettoisierungsprozess über einen längeren Zeitraum hinweg entwickelt, wobei es sowohl

die objektive als auch die subjektive Dimension dieses Prozesses zu berücksichtigen gilt, die eng miteinander zusammen hängen.

Charakteristisch für die ‚sensiblen Stadtgebiete‘ ist eine hohe Konzentration erstens kinderreicher, oft sehr kinderreicher Familien (was das niedrige Durchschnittsalter in diesen Stadtteilen erklärt; die unter Fünfundzwanzigjährigen stellen teilweise bis zu 50 Prozent der Einwohner), zweitens proletarischer Gesellschaftsschichten mit geringem Einkommen und hoher Erwerbslosigkeit sowie drittens nicht-französischer Einwohner oder Einwohner nicht-französischen Hintergrunds. Bei einigen Einwohnern entsteht so das Gefühl, sie seien ‚anders‘, als die übrige Gesellschaft, ein Gefühl, das mit Frustration und Verbitterung einher zu gehen pflegt.<sup>39</sup> Dieser Komplex kann sich auf folgenreiche Weise verfestigen, wo die Familien mit staatlichen Institutionen und insbesondere mit der Schule zu tun haben. Die Eltern verfügen meist nur über geringes kulturelles und schulisches Kapital; beim Erlernen der französischen Sprache tun sie sich häufig schwer. Damit sind sie schlecht ausgestattet für die Auseinandersetzung mit dem Schulwesen und der spezifischen Kultur der Institution Schule; auch können sie ihre Kinder bei deren schulischer Laufbahn kaum unterstützen.<sup>40</sup> Die Kinder von Arbeitsmigranten bleiben überdurchschnittlich häufig sitzen, versäumen häufiger den Schulbesuch und erlangen auch seltener einen Schulabschluss.<sup>41</sup> Trotz ihrer eigenen Bemühungen und denen ihrer Eltern haben diese Kinder durchweg mit dem Handicap eines ‚schlechten Starts‘ zu kämpfen, denn die Schwierigkeiten beginnen bereits in der Vorschule.<sup>42</sup> Besonders bei Jugendlichen maghrebinischen Hintergrunds gras-

---

<sup>39</sup> Agnès Villechaise-Dupont, *Amères banlieues. Les gens des grands ensembles*, Paris 2000.

<sup>40</sup> Agnès Van Zanten, *L'école de la périphérie. Scolarité et ségrégation en banlieue*, Paris 2001; Mathias Millet / Daniel Thin, *Ruptures scolaires. L'école à l'épreuve de la question sociale*, Paris 2005.

<sup>41</sup> Chomentowski, *L'échec scolaire* (wie Anm. 27).

<sup>42</sup> Jean-Paul Caille / Fabienne Rosenwald, *Les inégalités de réussite à l'école élémentaire : construction et évolution*, in: INSEE, France, *portrait social*, Paris 2006, S. 115–137.

siert das Problem des Schulversagens: Ende der 1990er Jahre beendeten 42 Prozent der Jungen und 27 Prozent der Mädchen ihre schulische Laufbahn ohne jeglichen Abschluss.<sup>43</sup> Die Unterschiede in den Perspektiven der Jugendlichen aus verschiedenen Bevölkerungsgruppen lassen sich zunehmend bereits an den schulischen Laufbahnen dieser Jugendlichen ablesen. Die benachteiligten Jugendlichen wissen ebenso wie ihre Familien um besagte Unterschiedlichkeit der Perspektiven, und dieses Wissen nährt ihren Groll und ihre Überzeugung, sie seien Opfer kollektiver Diskriminierung.<sup>44</sup>

Schwache schulische Leistungen und Diskriminierung sind also zwei der bedeutenderen Benachteiligungen, mit denen die Einwohner aus den ‚sensiblen Stadtgebieten‘ bei der Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt zu kämpfen haben. So ist die Erwerbslosenquote in den ‚sensiblen Stadtgebieten‘ denn auch zwei bis drei Mal höher als anderswo. Bei Jugendlichen im Alter zwischen 16 und 25 Jahren beträgt die Erwerbslosigkeit zwischen 30 und 40 Prozent; bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund, die ihre Ausbildung ohne Abschluss oder mit einem einfachen Berufsabschluss (dem *certificat d’aptitude professionnelle*, CAP) beendet haben, kann sie aber auch weit über 50 Prozent liegen. Auch der Anteil der prekär oder in Teilzeit Beschäftigten ist überdurchschnittlich hoch. Daraus ergeben sich prekäre und manchmal regelrecht elende wirtschaftliche Bedingungen, die bei den Betroffenen zu Gefühlen der Scham, Ungerechtigkeit, Wut und / oder Verzweiflung führen.<sup>45</sup> Auf der kollektiven Ebene führen diese Verhältnisse zu dem Eindruck, ungerecht behandelt, in die Vorstadtviertel verbannt und von ‚den Anderen‘, das heißt den übrigen Gesellschaftssegmenten, den Wohlhabenden

---

<sup>43</sup> Frédéric Lainé / Mahrez Okba, *Jeunes de parents immigrés : de l’école au métier*, in: *Travail et emploi*, 103 (2005), S. 79–93.

<sup>44</sup> Georges Felouzis / François Liot / Joëlle Perroton, *L’apartheid scolaire. Enquête sur la ségrégation ethnique dans les collèges*, Paris 2005; Jean-Pierre Zirotti, *De l’expérience de la discrimination à la délégitimation. Les jugements des élèves issus de l’immigration sur les décisions d’orientation scolaire et les conditions de leur scolarisation*, in: *Les cahiers de l’URMIS*, 10/11 (2006), S. 1–16.

<sup>45</sup> Vincent de Gaulejac, *Les sources de la honte*, Paris 1996.

und den verantwortlichen Politikern, ausgegrenzt zu werden.<sup>46</sup> So ist es auch nicht verwunderlich, dass die Einwohner häufig ein ambivalentes Verhältnis zu den Institutionen, das heißt zu den Wohlfahrtsverbänden, den Munizipal- und Präfektoralbehörden, der Schule und der Polizei entwickeln. Es kommt darin ein negatives individuelles und kollektives Selbstbild zum Ausdruck, geprägt durch Gefühle der Abhängigkeit und der Minderwertigkeit.

Diese noch recht allgemeine Darstellung soll nun durch eine nähere Betrachtung der Jugendlichen ergänzt werden, denn deren Perspektivlosigkeit ist ein wichtiger und möglicherweise sogar der ausschlaggebende Faktor in der Entwicklung hin zu gewaltsamen Aufständen.

### **3.2 Die Massenerwerbslosigkeit: Soziale Ausgrenzung und veränderter Eintritt ins Erwachsenenleben**

Die Not der Banlieue-Jugendlichen lässt sich nicht begreifen, wenn nicht zur Kenntnis genommen wird, dass die Erwerbslosenquote in den Vorstädten seit den 1990er Jahren beständig angestiegen ist.<sup>47</sup> Die Bedeutung, die den Berufs- und Schulabschlüssen bei der Arbeitssuche zukommt, hat zugenommen, zu Lasten der geringer Qualifizierten und mit dem Ergebnis einer Verschärfung der fortdauernden Diskriminierung im Schulwesen. Den Berechnungen des Statistikkamts INSEE zufolge hat sich der Prozentsatz junger Männer ohne Berufs- oder Schulabschluss, die sich ein bis vier Jahre nach der Beendigung ihrer Schullaufbahn in der Erwerbslosigkeit wiederfinden, in den 1990er Jahren verdoppelt; er ist von 27 Prozent im Jahr 1990 auf 56 Prozent im Jahr 1999 angestiegen. Die Erwerbslosigkeit junger Männer, die nur über einen einfachen Berufsabschluss – das

---

<sup>46</sup> Laurent Mucchielli, *Le rap de la jeunesse des quartiers relégués. Un univers de représentations structuré par des sentiments d'injustice et de victimation collective*, in: Manuel Boucher / Alain Vulbeau (Hg.), *Émergences culturelles et jeunesse populaire*, Paris 2003, S. 325–355; Marlière, *La France* (wie Anm. 30).

<sup>47</sup> Jean-Luc Le Toqueux / Jacques Moreau, *Les ZUS. Forte progression du chômage entre 1990 et 1999*, INSEE Première, 835 (2002).

*certificat d'aptitude professionnelle* (CAP) oder den *brevet élémentaire professionnel* (BEP) – verfügen, hat sich ebenfalls verdoppelt: Der entsprechende Prozentsatz ist im genannten Zeitraum von 16 auf 32 Prozent angestiegen. Der leichte Rückgang der Erwerbslosigkeit um das Jahr 2000 ist 2004 und 2005 durch einen neuerlichen Anstieg in der Zahl der jugendlichen Erwerbslosen wettgemacht worden.<sup>48</sup> Diese Angaben entstammen wohlgerne einer staatlichen Statistik, die die Diskriminierung von Erwerbssuchenden aufgrund ihres Wohnsitzes oder ‚ethnischen‘ Hintergrunds, also die Auswirkungen des schlechten Rufs bestimmter Stadtteile und des Rassismus, nicht berücksichtigt.<sup>49</sup> 2003 waren in den ‚sensiblen Stadtgebieten‘ schätzungsweise „ein Drittel der Jugendlichen aus den Jahrgängen 1973–83 [also ein Drittel der jungen Männer im Alter zwischen 20 und 30 Jahren, L. M.] erwerbslos.“<sup>50</sup> Das entspricht etwa 200.000 Personen; nimmt man die Jugendlichen im Alter zwischen 15 und 19 Jahren hinzu, dann steigt die Zahl auf 230.000. Sollte dies die Reserve potentieller Aufständischer sein?

---

<sup>48</sup> Ketty Attal-Toubert / Henri Lavergne, *Premiers résultats de l'enquête sur l'emploi 2005*, INSEE Première, 1070 (2006).

<sup>49</sup> Aus den zitierten INSEE-Veröffentlichungen (Anm. 47 u. Anm. 48) geht hervor, dass die Erwerbslosigkeit von Nicht-Franzosen aus den maghrebinischen Ländern 1,5 Mal höher ist als der nicht-französische Durchschnitt; sie ist dreimal so hoch wie der französische Durchschnitt. In den letzten Jahren ist die Situation der Einwandererkinder unter Berücksichtigung ihres Migrationshintergrunds untersucht worden und es konnte gezeigt werden, dass die Benachteiligung hinsichtlich der Erwerbslosigkeit, der Art des Beschäftigungsverhältnisses (prekäre Beschäftigung oder Festanstellung) und des Zugangs zum öffentlichen Dienst für Franzosen maghrebinischen, schwarzafrikanischen oder türkischen Hintergrunds nahezu gleich schwerwiegend geblieben ist: Cécile Canamero / Geneviève Canceill / Nathalie Cloarec, *Chômeurs étrangers et chômeurs d'origine étrangère*, *Premières synthèses*, in: Dares, 46 (2000), 2, S. 1–4; Jean-Luc Richard, *Partir ou rester ? Destinées des jeunes issus de l'immigration*, Paris 2004; Dominique Meurs / Ariane Pailhé / Patrick Simon, *Mobilité intergénérationnelle et persistance des inégalités. L'accès à l'emploi des immigrés et de leurs descendants*, Paris 2005 (INED, Documents de travail, Nr. 130).

<sup>50</sup> *Observatoire national des zones urbaines sensibles, Rapport annuel*, Paris 2004, S. 184.

Es sei daran erinnert, dass die beschriebenen Verhältnisse nicht allein die gering qualifizierten Jugendlichen der ‚sensiblen Stadtgebiete‘ betreffen. Die steigende Erwerbslosigkeit und die prekären Beschäftigungsverhältnisse betreffen auch die zahlenmäßig immer bedeutendere Gruppe derer,<sup>51</sup> die sich in der Erwerbslosigkeit oder in prekären Beschäftigungsverhältnissen befinden, obwohl sie über einen Berufs- oder Schulabschluss verfügen. Im Gegensatz zum Diskurs eines Teils der politischen Klasse genügt es also nicht, „die eigene Situation verbessern zu wollen“, um dem sozialen Abstieg zu entkommen. In den Vorstadtvierteln begegnet eine wachsende Zahl von Jugendlichen mit nicht-französischen Eltern, insbesondere von solchen mit maghrebinischen Eltern, trotz beruflicher Qualifikation beträchtlichen Schwierigkeiten beim Versuch, in der Welt der Arbeit Fuß zu fassen. Sie sind somit auch nicht in der Lage, „mit gutem Beispiel voranzugehen“ (im Gegenteil kann ihre Lage das Gefühl der Perspektivlosigkeit unter den Schulabbrechern nur verstärken) und die anderen Jugendlichen von ihrer Beteiligung an Aufständen abzuhalten – tatsächlich äußern sie sich gegenüber den Aufständischen ausgesprochen solidarisch.<sup>52</sup>

Es ist wichtig, die Bedeutung zu ermessen, die dieser ökonomischen Ausgrenzung für den Gesamtzusammenhang der sozialen Ausgrenzung und des verhinderten ‚Eintritts ins Erwachsenenleben‘ zukommt.<sup>53</sup> Keinen Arbeitsplatz und also auch kein Einkommen zu haben bedeutet, sich in einer materiellen Situation zu befinden, die es nicht erlaubt, den Wohnsitz der Eltern zu verlassen und einen eigenen zu beziehen – umso mehr, als sich das Sozialwohnungswesen in Frankreich in einer Krise befindet.<sup>54</sup> Auch die Perspektive der Ehe-

---

<sup>51</sup> Chloé Tavan, *Les immigrés en France : une situation qui évolue*, INSEE Première, 1042 (2005); Roxane Silberman / Irène Fournier, *Les secondes générations sur le marché du travail en France : une pénalité ethnique qui persiste*, in: *Revue française de sociologie*, 2 (2006), S. 243–282.

<sup>52</sup> Marlière, *Les habitants des quartiers* (wie Anm. 28).

<sup>53</sup> Olivier Galland, *Sociologie de la jeunesse. L'entrée dans la vie*, Paris 1997.

<sup>54</sup> Frankreich verfügt über einen Bestand von etwa vier Millionen Sozialwohnungen (*habitations à loyer modéré*, HLMs), doch die Zahl der Familien, die eine Sozi-

schließung und Familiengründung geht tendenziell verloren. Über eine Arbeit und ein Einkommen zu verfügen, eine eigene Wohnung zu beziehen und schließlich eine eigene Familie zu gründen, gilt für viele junge Volljährige als ‚normaler‘ Lebensweg; wer ihn nicht einschlägt, sieht sich dadurch im besten Fall ständiger Vorhaltungen ausgesetzt, im schlimmsten wird er als Außenseiter und von ‚der Gesellschaft‘ Ausgestoßener wahrgenommen. Die Ausgrenzung auf dem Arbeitsmarkt läuft also nicht nur auf jenen unsicheren und bedrückenden Alltag der ökonomisch Abgehängten hinaus, den die französische Umgangssprache als *la galère* bezeichnet, sondern sie hat auch umfassende Folgen für die Zukunftsperspektiven der Jugendlichen und jungen Erwachsenen und verändert auch den Blick auf die eigene Umwelt. Schließlich wirkt sie sich auch auf die Situation innerhalb der Familien, auf die Beziehungen zwischen den Generationen aus. Stéphane Beaud und Michel Pialoux haben in ihrer Analyse der Hintergründe eines in Petite Hollande, einem Vorstadtviertel von Montbéliard, im Juli 2000 ausgebrochenen Aufstands betont,<sup>55</sup> dass „die Mehrheit der nicht oder nur gering Qualifizierten während der Jahre wirtschaftlicher Stagnation auf Arbeit

---

alwohnung beantragt, aber noch nicht erhalten haben, beläuft sich auf 1,3 Millionen – doppelt so viele wie vor 20 Jahren; vgl. Philippe Subra, Heurs et malheurs d’une loi antiségrégation : les enjeux géopolitiques de la loi Solidarité et renouvellement urbain (SRU), in: Hérodote, 122 (2006), S. 138–171, hier S. 139. Auf dem Papier gehen die Sanierungs-, das heißt Abrissmaßnahmen in Frankreich mit dem Bau einer entsprechenden Anzahl von neuen Sozialwohnungen einher. Tatsächlich führt diese Politik zu einer Verringerung des Gesamtbestandes an Sozialwohnungen und geht so zu Lasten der einkommensschwächsten Familien. Um hier Abhilfe zu schaffen, brachte die Regierung der sogenannten ‚vielfältigen Linken‘ (gauche plurielle) im Dezember 2000 das ‚Solidaritäts- und Stadterneuerungsgesetz‘ (Loi solidarité et renouvellement urbain) zur Abstimmung. Das Gesetz sollte unter anderem die Kommunen verpflichten, ihren Bestand an Sozialwohnungen bis 2020 um 20 Prozent auszuweiten. Doch die wohlhabenderen Kommunen und die parlamentarische Rechte widmeten sich sofort „einem regelrechten parlamentarischen Kleinkrieg, um die bedrohlichsten Klauseln aus dem Gesetzestext heraus gekürzt zu bekommen.“ Ebd., S. 165–166.

<sup>55</sup> Stéphane Beaud / Michel Pialoux, *Violences urbaines, violence sociale*, Paris 2003, S. 21–22.

gewartet, sich mit Gelegenheitsjobs durchgeschlagen hat oder im Viertel herum gehangen ist. Diese Erfahrung einer wiederkehrenden oder lang anhaltenden Erwerbslosigkeit hat unter den Geschwistern und in den Freundesgruppen zu Mutlosigkeit und zu dem Eindruck geführt, in der Gesellschaft zu nichts gut zu sein; zugleich hat diese Erfahrung eine stumme Auflehnung gegen die gesellschaftliche Ordnung, gegen alles, was die öffentlichen Institution repräsentieren, genährt. Die Zukunft schien ihnen verbaut. [...] Viele Söhne aus Einwandererfamilien sahen sich gezwungen, bei ihren Eltern wohnen zu bleiben; sie mussten eine Lebensweise entwickeln, die der der Familie angepasst war (wobei der Vater, in den meisten Fällen ein Arbeiter, der in der Fabrik alt wird oder von einer Invalidenrente lebt, die anhaltende Erwerbslosigkeit seiner Söhne schwer ertrug). Erfahrungen mit der Erwerbslosigkeit wurden innerhalb der Familie immer häufiger gemacht. Alle stellten fest, dass ein höherer Abschluss kaum noch vor Erwerbslosigkeit und Prekarität bewahrt. In diesen schwierigen Jahren – die Selbstmorde in den Vierteln sind ungezählt – haben sich die Entmutigung und das Gefühl, keine Zukunft zu haben (*no future*), verbreitet, vor allem unter den Söhnen der Einwandererfamilien und unter den Jüngeren.“ Es handelt sich letztlich um „eine Phase, in der in den Vorstadtvierteln massenhaft verbitterte, widerständige, wütende junge Männer produziert worden sind; heute sind diese jungen Männer zwischen 25 und 30 Jahre alt.“ Ihre jüngeren Geschwister haben beobachtet, wie diese jungen Männer „physisch und psychisch ‚abgerutscht‘ sind“; einige wurden delinquent, andere depressiv oder drogenabhängig, und „die Katastrophe entwickelte sich vor den Augen der ganzen Familie und des ganzen Viertels.“ Für die Jüngeren – von denen sich einige im November 2005 Ausdruck verschaffen sollten – hatte das schwerwiegende Folgen. Beaud und Pialoux betonen, dass die Lehrkräfte auf den Grundschulen und Hauptschulen des Viertels etwa zur gleichen Zeit das „Ende der schulischen Bemühungen“ konstatierten: Sie berichteten, dass sie es nunmehr mit völlig unmotivierten Jugendlichen zu tun hätten.



Wir können noch einen weiteren Aspekt benennen, nämlich die Auswirkungen der beschriebenen Entwicklung auf die Beziehungen zwischen den Generationen und insbesondere auf das Verhältnis zwischen den Jugendlichen und ihren Eltern. Für die Elterngeneration verstärkt die Marginalisierung der Kinder auf grausame Weise das Gefühl, ihre ganze Laufbahn und ihr ganzer Lebensentwurf seien gescheitert; manche aus der Elterngeneration bezeichnen die Auswanderung nach Frankreich regelrecht als „Fluch“.<sup>56</sup> Das Rachebedürfnis und die Wut, die von den Jugendlichen während der Aufstände an den Tag gelegt worden sind, haben also eine stärker kollektive Dimension als meist angenommen wird. Das zeigt sich auch an dem Blick der Eltern und großen Brüder auf den Aufstand: Geht man hinter die Missbilligung des konkreten Verhaltens der Aufständischen zurück, so stößt man auf eine letztlich verständnisvolle Haltung. Der kollektive Charakter der von den Jugendlichen zum Ausdruck gebrachten Wut ist einer der Gründe für die passive Solidarität, die den Aufständischen zuteil wurde. Bleibt die Frage, weshalb diese Wut sich nichts anders als durch den Aufstand auszudrücken vermochte. Wir wollen jetzt, mit anderen Worten, nach der politischen Bedeutung der Aufstände fragen.

#### **4. Aufstände als Keimform des politischen Protests**

In der öffentlichen Diskussion ist die politische Dimension des Aufstands vielfach geaugnet worden zugunsten verschiedener mehr oder weniger abschätziger und angstvoller Interpretationen.<sup>57</sup> Gewiss, die Aufständischen haben weder Traktate noch Spruchbänder angefertigt; sie haben keine Unterschriften gesammelt, keine Internetseiten eingerichtet und keine Demonstrationen durch die Stadtzentren organisiert, um dort ihre Parolen und Forderungen zu rufen. Insofern ist der Kontrast zu anderen gewaltsamen Protestformen

---

<sup>56</sup> Abdelmalek Sayad, *La double absence. Des illusions de l'émigré aux souffrances de l'immigré*, Paris 1999.

<sup>57</sup> Mauger, *L'émeute de novembre 2005* (wie Anm. 2).

wie etwa den traditionellen Aufmärschen der französischen Bauern oder den Demonstrationen der sechs Monate nach den Aufständen vom November 2005 entstandenen Schüler- und Studentenbewegung gegen den sogenannten Ersteinstillungsvertrag (*contrat première embauche*, CPE) lehrreich.<sup>58</sup> Ist es denn nicht offenkundig, dass der ganze Unterschied in der Tatsache besteht, dass diejenigen, die gegen den Ersteinstillungsvertrag und die über ihn anvisierte Aushebelung des Kündigungsschutzes demonstrierten, mehrheitlich *organisiert* wurden, und zwar von Gewerkschaften, Kollektiven und gut betuchten Vereinen, die zusätzlich zu den erforderlichen materiellen Mitteln auch über das für die erfolgreiche Artikulierung von Forderungen nötige *know-how* verfügten? Ist es wirklich so schwer zu begreifen, dass die Jugendlichen aus den *quartiers populaires* dagegen über keinerlei materielle Mittel und keinerlei gewerkschaftliche oder politische Organisation verfügen, die im Stande wäre, sie zu verteidigen und, eventuell auch durch Bündnisse verschiedener Vereine,<sup>59</sup> zusammenzuschließen? Dass sie, mit anderen Worten, jeglichen Zugangs zu den traditionellen Mittel des politischen Handelns entbehren?

Entgegen der in der öffentlichen Debatte vorherrschenden Meinung besteht in den soziologischen Untersuchungen Einigkeit hinsichtlich der politischen Bedeutung der Aufstände.<sup>60</sup> So hat etwa Robert Castel daran erinnert, „dass es Praktiken gibt, die zwar der Form nach außerhalb des politischen Handlungsspektrums angesiedelt sind, aber eindeutig eine politische Bedeutung haben, weil

---

<sup>58</sup> Vgl. zu den traditionellen Demonstrationen der Bauern: Nathalie Duclos, *Les violences paysannes sous la Vème République*, Paris 1998.

<sup>59</sup> Bündnisse wären insofern denkbar, als es in den *quartiers populaires* seit einiger Zeit ein lebhaftes Vereinswesen gibt; vgl. Adil Jazouli, *Une saison en banlieue. Courants et prospectives dans les quartiers populaires*, Paris 1995; de Wenden / Lèveau, *La bourgeoisie* (wie Anm. 8). Zum religiösen und sozialen Vereinswesen der jüngeren Zeit vgl. Guido De Ridder, *Turbulents et faiseurs de bien. Le génie associatif des jeunes musulmans*, in: Manuel Boucher / Alain Vulbeau (Hg.), *Émergences culturelles et jeunesse populaire*, Paris 2003, S. 27–54.

<sup>60</sup> Nur der Politologe Sébastien Roché bestreitet dies: *Le frisson de l'émeute*, Paris 1996.

sie ein zentrales Problem publik machen und grundlegende Ungerechtigkeiten ans Licht bringen. So gesehen können scheinbar sinnlose Aktionen wie brennende Autos öffentliche Aufmerksamkeit wecken und die Allgemeinheit aufrütteln.“<sup>61</sup> Im Folgenden soll der Charakter der über die Aufstände zum Ausdruck gebrachten politischen Botschaft analysiert werden. Es soll auch den Gründen dafür nachgegangen werden, dass sich diese Botschaft offenbar nicht in einer anderen, leichter zu entschlüsselnden Form artikulieren lässt.

#### 4.1 Aufstände als Form kollektiver Empörung

Das französische Wort für ‚Aufstand‘, *émeute*, das übrigens bedeutend älter ist als das Wort *révolte*, kommt vom Verb *émouvoir*. Vom Mittelalter bis zur Renaissance wurde unter einer *esmote* eine kollektive Empörung verstanden, die die Form eines spontanen Volksaufstands annimmt. „Aufrührerischer Tumult, Volkserhebung“, so lautet Mitte des 18. Jahrhunderts die Definition des *Dictionnaire de l'Académie française*. „Plötzlicher Volksaufstand,“ heißt es präziser in Jean-François Férauds *Dictionnaire critique de la langue française*, einem 1788, am Vorabend der französischen Revolution, veröffentlichten Werk.

Der Aufstand ist also eine volkstümliche und spontane Form kollektiver Empörung. Seit sie Ende der 1970er Jahre wieder Teil des politischen Geschehens in Frankreich geworden sind, haben sich Aufstände beinahe ausnahmslos infolge des dramatischen Todes oder der schweren Verletzung eines oder mehrerer Jugendlicher ereignet, wobei die Todesfälle oder Verletzungen fast immer auf die eine oder andere Weise mit einem Polizeieinsatz zusammenhängen. Wir haben die Gründe analysiert, weshalb die Polizei die ganze Wut und das ganze Ungerechtigkeitsempfinden der Einwohner auf sich zieht. Was es jetzt zu verstehen gilt, ist der Charakter der Empörung und der moralischen Entrüstung, die den Aufstand nach Auffassung seiner Akteure rechtfertigen. Didier Lapeyronnie hat diesbezüglich

---

<sup>61</sup> Robert Castel, Negative Diskriminierung, Jugendrevolten in den Pariser Banlieues, Hamburg 2009, S. 56.

eine bemerkenswerte psychosoziale Analyse vorgelegt und daran erinnert, dass der Aufstand häufig mit Schweigemärschen einhergeht, die im Umfeld der trauernden Familien organisiert werden und an denen sich politische und religiöse Autoritäten beteiligen. Letztere appellieren an die Würde, Solidarität und Andacht der Betroffenen, wodurch sie ein Gemeinschaftsgefühl stärken, das einerseits auf dem Eindruck gründet, Opfer eines ungerechten Vorgehens geworden zu sein, andererseits aber auch auf dem Glauben an die eigene moralische Überlegenheit. „Die Schweigemärsche sind gewissermaßen Gegenstück und Ergänzung des Aufstands. [...] Sie versorgen die Aufständischen mit ‚emotionaler Energie‘ und garantieren ihnen eine gewisse Solidarität seitens der Gruppe. [...] Sie bestätigen den grundlegenden Moralkodex der Gesellschaft und der Gruppe, gegen den das absurde Vorgehen der Polizei verstoßen hat und in dem die Legitimität der Wut gründet. Das ‚Wir‘, das sich aufgrund negativer Erfahrungen mit der Polizei (den ‚Anderen‘) konstituiert, verschafft sich somit eine moralische Legitimität, die schließlich zu einer Ablehnung nicht nur der Repressionsorgane, sondern der Gesellschaftsordnung ‚insgesamt‘ führt. Der Aufständische handelt dann als ‚Person‘, die ihr Existenzrecht einklagt gegenüber einer todbringenden Gesellschaftsordnung, durch die diese Person verleugnet und am Leben gehindert wird. In den Zeugnissen und Erklärungen gehen der moralische Protest und die Forderung nach Respekt häufig mit dem Gefühl einher, nicht wie ein Mensch, sondern fast schon wie ein Tier behandelt zu werden.“<sup>62</sup> Auf dieser moralischen Dimension, die erklärt, weshalb die Aufständischen nicht einfach mit den Erwerbslosen und Kriminellen des Viertels gleichzusetzen sind, gründet die von einem bedeutenden Teil der Einwohner an den Tag gelegte Solidarität, wie wir sie weiter oben dargestellt haben. Diese moralische Dimension und die Forderung, als Mensch behandelt zu werden, erklären auch, weshalb die Äußerungen von Nicolas Sarkozy darauf hinausliefen, Öl aufs Feuer zu gie-

---

<sup>62</sup> Lapeyronnie, « Révolte primitive » dans les banlieues françaises (wie Anm. 23), S. 439-440.

ßen. Lapeyronnie schreibt weiter: „Der Aufstand ist zwar hochgradig expressiv und wird von einem Gefühl der Empörung getragen, doch das bedeutet nicht, dass er keinen Sinn hat. Er scheint im Gegenteil eine Art Überschuss zum Ausdruck zu bringen: Der Aufständische stellt sich gegen eine Ordnung, die er für todbringend hält, und reklamiert ein moralisches ‚Wir‘. Er hat keineswegs den Eindruck, er tue etwas unmoralisches, im Gegenteil. Das ist auch der Grund, weshalb sich zum Aufstand als solchem bekannt wird. Die Revolte ist legitim. Sie erscheint wie die Bekräftigung einer kollektiven Moral [...], die Bekräftigung eines Existenzrechts. [...] Wenn sich im Aufstand geweigert wird, die Vorgaben des sozialen und politischen Systems anzuerkennen, dann aufgrund dieser moralischen Dimension. Die im Aufstand eingesetzte Gewalt richtet sich gegen eine Ordnung, die ‚todbringend‘ und zynisch ist, da sie die Menschen am Leben hindert.“<sup>63</sup>

## 4.2 Die Forderung nach Anerkennung und effektiver Staatsbürgerschaft

Die Gewalt ist nicht und war auch nie die einzige Sprache, derer sich die in den ‚sensiblen Stadtgebieten‘ lebenden Jugendlichen mit Migrationshintergrund bedienen. Es muss vielmehr das *politische Potential* dieser Bevölkerungsgruppe konstatiert werden, ungeachtet der Tatsache, dass sie kaum auf die Unterstützung oder Mitarbeit bereits konstituierter Bewegungen zählen kann. Tatsächlich sind die Aufstände auf der lokalen Ebene immer mit anderen Formen des kollektiven Protests einhergegangen. In eben den Vierteln der Lyoner Vorstadt, in denen es Ende der 1970er Jahre zu den ersten *rodéos* kam, waren auch die ersten politischen Mobilisierungen der migrantischen Arbeiter zu verzeichnen. Die Mobilisierungen richteten sich gegen rassistische Übergriffe, Polizeigewalt und Abschiebungen. Die rechtliche Gleichstellung am Arbeitsplatz und das lokale Stimmrecht wurden eingeklagt. Unterstützt wurden die

---

<sup>63</sup> Ebd.

Mobilisierungen durch Hungerstreiks kirchlicher und linker Gruppen. Hinzu kommt, dass der bekannte „Marsch der Araber“ (*marche des beurs*) von 1983 aus einem der aufständischen Viertel der Lyoner Vorstadt heraus organisiert wurde (mit Unterstützung eines Priesters).<sup>64</sup> Ähnliches gilt für die Siedlung Chêne Pointu in Clichy-sous-bois, wo die Aufstände vom Oktober und November 2005 ihren Ausgang nahmen. Dort entschieden sich die Angehörigen der am 27. Oktober 2005 infolge einer polizeilichen Personenkontrolle verletzten bzw. verstorbenen Jugendlichen dafür, eine juristische Untersuchung des Vorfalls zu erstreiten. Begleitet von zahlreichen Anwohnern und unterstützt durch die Kommunalverwaltung organisierten sie drei Tage nach der dramatisch ausgegangenen Personenkontrolle einen Schweigemarsch durch das Viertel. Es war sicherlich kein Zufall, dass der dortige Aufstand am gleichen Abend abflaute.

Die hier angestellten Beobachtungen bestätigen den wesentlich ‚interpellativen‘ Charakter des Aufstands, also die Tatsache, dass er von einem Bedürfnis nach Anerkennung getragen wird. Im Aufstand geht es nicht um Zerstörung um ihrer selbst willen, und die Aufständischen vom November 2005 haben tatsächlich nur in einem sehr beschränkten Ausmaß von der Gewalt Gebrauch gemacht. Und schließlich richtete sich die Gewalt in der Mehrzahl der Fälle gegen Objekte aus dem Straßenbild, also geparkte Autos, Mülltonnen, Bushaltestellen und Telefonzellen.<sup>65</sup> Insofern widersprechen die urbanen Aufstände keineswegs jenem historischen Trend zu zunehmend gewaltfreien Protestformen, den man aus einem weitgehenden Konsens hinsichtlich der demokratischen Grundwerte und aus dem Niedergang chiliastischer Projekte der Weltveränderung erklärt hat.<sup>66</sup> Die Aufständischen richten sich nicht gegen das be-

---

<sup>64</sup> Jazouli, *L'action collective* (wie Anm. 7).

<sup>65</sup> Überdies wissen wir (obgleich wir keine genauen Zahlen angeben können), dass eine nicht unbeträchtliche Zahl der Autos schrottreif oder gestohlen war, oder aber, dass sie zum Zweck des Versicherungsbetrugs angezündet wurden.

<sup>66</sup> Xavier Cretiez / Isabelle Sommier, *Les figures du rebelle*, in: dies. (Hg.), *La France rebelle*, Paris 2002, S. 11–24, hier S. 15–19.

stehende soziopolitische System als solches, sondern gegen Scheinheiligkeit und anhaltende ‚symbolische Gewalt‘.<sup>67</sup> Tatsächlich scheint die Wut über einen bestimmten Fall der Ausgrenzung, Diskriminierung oder Gewalt überwogen zu werden von dem Bedürfnis, die *allgemeine Anerkennung des ungerechten Charakters der erlittenen Demütigung* zu erstreiten. Axel Honneth hat in einer richtungweisenden Arbeit gezeigt,<sup>68</sup> dass in kollektiven Protesten nicht bloß Interessenkonflikte zum Ausdruck kommen, sondern auch moralische Ansprüche, ein verletzter kollektiver Ehrenkodex und der Eindruck, verachtet und nicht anerkannt zu werden. Die Forderung nach Anerkennung geht jedoch stets mit der nach Umverteilung einher.<sup>69</sup> Zwar spielen die mit Steuerfragen zusammenhängenden oder korporatistischen Forderungen, die die französischen Volksaufstände seit dem Mittelalter gekennzeichnet haben,<sup>70</sup> in den urbanen Aufständen des heutigen Frankreich keine Rolle. Dennoch steht der fehlende Zugang zum ‚normalen‘ gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben im Mittelpunkt der bei den Aufständischen zu konstatierenden Wahrnehmung der französischen Gesellschaft als einer ‚ungerechten‘ im Sinne Nancy Frasers. Der ökonomische Aspekt der Aufstände wird von den Aufständischen zwar nicht als solcher formuliert, doch wir haben gesehen, dass ihn zahlreiche Einwohner der Vorstadtviertel sehr wohl ansprechen und dass er wesentlich dazu beiträgt, die Wut der Aufständischen in einer Situation, die stark geprägt ist vom gesellschaftlichen Ausschluss der Jugendlichen mit Migrationshintergrund, zu legitimieren.

---

<sup>67</sup> Pierre Bourdieu, Grundlagen einer Theorie der symbolischen Gewalt, in: ders., Grundlagen einer Theorie der symbolischen Gewalt, Frankfurt a. M. 1973, S. 7–87.

<sup>68</sup> Axel Honneth, Kampf um Anerkennung. Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte, Frankfurt a. M. 1992.

<sup>69</sup> Nancy Fraser, Qu’est-ce que la justice sociale ? Reconnaissance et distribution, Paris 2005.

<sup>70</sup> Yves-Marie Bercé, Croquants et nu-pieds. Les soulèvements paysans en France du 16ème au 19ème siècle, Paris 1974; Tilly, La France conteste (wie Anm. 3); Jean Nicolas, La rébellion française. Mouvements populaires et conscience sociale, 1661–1789, Paris 2002.

Schließlich ist auch zu betonen, dass die Aufstände nicht zusammenhängen mit einem vermeintlichen Vormarsch des ‚Kommunitarismus‘ oder mit einer wie auch immer gearteten Aufkündigung der in der Weltgesellschaft geltenden demokratischen Grundsätze. Auch in dieser Hinsicht befinden sich die aufständischen und nicht-aufständischen Jugendlichen mit Migrationshintergrund in Einklang mit der politischen Kultur der Moderne: Sie fordern nicht die Möglichkeit, nach einem anderen Regelwerk als dem der französischen Nation zu leben; was sie einklagen ist vielmehr die vollständige Beteiligung am Leben und am Regelwerk dieser Nation, freilich bei gleichzeitiger Anerkennung und Respektierung ihrer Besonderheiten.<sup>71</sup> Wahrscheinlich muss man in den Aufständen vom November 2005 das Ergebnis einer fünfzehnjährigen Entwicklung sehen, im Zuge derer diese Forderung immer wieder erfolglos formuliert wurde, so dass sich schließlich eine durch und durch blockierte politische Situation ergab.

Damit stellt sich die Frage, weshalb die Politiker die Aufstände nicht so wahrnehmen wollten oder konnten, wie wir sie hier analysiert haben. Weshalb waren sie, wie Véronique Le Goaziou gezeigt hat,<sup>72</sup> von der Gewalt zugleich überrascht und gebannt, und weshalb waren sie in der Regel unfähig anzuerkennen, dass es in den *quartiers populaires* wirkliche Probleme gibt, um dann, wie es nach jedem früheren Aufstand der Fall war, Maßnahmen zu ergreifen zur Verbesserung der Lebensbedingungen und der Chancengleichheit sowie zur Bekämpfung der Diskriminierung? Wir möchten nochmals betonen, dass die Kluft zwischen dem Ereignis und der Reaktion der Politiker – anders gesagt: das Ausbleiben eines Dialogs zwischen den Einwohnern und ihren politischen Vertretern – eine lange Geschichte hat, aus der sich das nahezu vollständige Versagen der während des vergangenen Vierteljahrhunderts erprobten Varianten der Stadtpolitik erklärt. Inzwischen scheint sich diese Spal-

---

<sup>71</sup> Charles Taylor, *Multiculturalism: Examining the Politics of Recognition*, Princeton 1994.

<sup>72</sup> Le Goaziou, *La classe politique française* (wie Anm. 38).



tung zwischen den Einwohnern der Vorstadtviertel und den politischen Repräsentanten extrem verstärkt zu haben. Das Ausmaß der Aufstände vom November 2005 muss in Beziehung gesetzt werden zum Ausmaß der im Laufe der Jahre entstandenen Kluft zwischen der Forderung nach Anerkennung und Partizipation einerseits und der Abwesenheit effektiver politischer Repräsentation andererseits. Letztere geht mit einem zunehmend empathielosen und abschätzigen Blick auf die Vororte einher.

### **4.3 Weder Partizipation noch Vermittlung: Das Scheitern der Stadtpolitik**

Die Sorge der Staatsmacht um die Zustände in den Hochhaussiedlungen hat eine lange Geschichte. Seit den späten 1970er Jahren lassen sich innerhalb der von sämtlichen Regierungen mehr oder weniger intensiv betriebenen Stadtpolitik drei Hauptmomente unterscheiden: die ‚Sanierung‘ der Gebäude, die als ‚positive Diskriminierung‘ bekannten Maßnahmen und die ‚Partizipation‘ der Einwohner. Der ‚Sanierung‘ wird neuerdings wieder erhebliche Bedeutung beigemessen, wie die spektakulären Abriss- und Wiederaufbaupläne des Gesetzes vom 1. August 2003 (des sogenannten Borloo-Gesetzes) zeigen; jedoch ist die Bilanz der Stadtpolitik in diesem Bereich äußerst zwiespältig.<sup>73</sup> Die ‚positive Diskriminierung‘ hat ihr Ziel eindeutig nicht erreicht, denn die Kluft zwischen den Vierteln, in denen die entsprechenden Maßnahmen zur Anwendung kommen, und anderen Gebieten hat sich weiter vergrößert. Was schließlich das Moment der ‚Partizipation‘ angeht, so lohnt es sich, etwas ausführlicher darauf einzugehen. Dieses Moment der Stadtpolitik gründet auf der Vorstellung, dass die zugunsten der ‚Problemviertel‘ eingeleiteten Maßnahmen mit lokalen Mitteln, das heißt teils mit solchen der Kommune und teils mit solchen der vor Ort aktiven Ver-

---

<sup>73</sup> Gérard Baudin / Philippe Genestier, *Faut-il vraiment démolir les grands ensembles ?*, in: *Espaces et sociétés*, 124/125 (2006), S. 207–222; Agnès Deboulet, *Le résident vulnérable. Questions autour de la démolition*, in: *Mouvements*, 47/48 (2006), S. 174–181.

eine betrieben werden sollten, um auf diesem Wege die ‚Partizipation‘ der Einwohner zu fördern und so auch deren ‚staatsbürgerliches Betragen‘ (*citoyenneté*) sowie die ‚lokale Demokratie‘ voranzubringen, ohne jedoch ‚Kommunitarismen‘ irgendwelcher Art zu stärken. (Letzteres ist insofern relevant, als die Stadtpolitik sich ja, auch wenn dies nicht ausgesprochen wird, weitgehend an Migranten und ihre Kinder richtet.) Die Stadtpolitik ist insbesondere hinsichtlich dieses Ideals der ‚Partizipation‘ als politische Antwort auf die ‚Krise der Banlieues‘ interpretiert worden. Auch hier muss jedoch von offenkundigem Scheitern die Rede sein; tatsächlich wird dieses Scheitern ja bereits seit längerem konstatiert.<sup>74</sup>

Das Problem besteht darin, dass die Politik der ‚sozialen Stadtentwicklung‘ (des *développement social urbain*, DSU), anders als etwa die US-amerikanischen *community development corporations* (CDCs), über die Einwohner hinweg geht.<sup>75</sup> In der Praxis werden die jeweiligen Ziele festgelegt von lokalen Staatsrepräsentanten und von Personen, die hauptberuflich im Bereich der Stadtpolitik arbeiten, nicht aber von den lokalen Vereinen, die lediglich für die Umsetzung zuständig sind. Die Vereine sind in der Regel von den politischen Machthabern eingerichtet worden und werden vom Staat finanziert und kontrolliert. Sie existieren lediglich zwecks Umsetzung von Maßnahmen, die, ausgehend von sozio-ökonomischen Indikatoren (Zahl der Erwerbslosen, der Nicht-Franzosen, der Jugendlichen usw.), auf administrativem Wege beschlossen werden und letztlich der Aufstandsprävention dienen. Es wird keine wirkliche Zusammenarbeit mit den Einwohnern angestrebt; sie werden nicht in die Lage versetzt, ihre Erwartungen zu artikulieren und eigene Projekte oder kollektive Aktionsformen zu entwickeln. Die Einwohner werden im Gegenteil – von wenigen Ausnahmen abgesehen – lediglich konsultiert, bisweilen auch nur informiert, und zwar nach-

---

<sup>74</sup> Jean-Marie Delarue, La politique de la ville, in: Regards sur l'actualité, 196 (1993), S. 3–17.

<sup>75</sup> Jacques Donzelot / Catherine Mével / Anne Wyvekens, Faire société. La politique de la ville aux Etats-Unis et en France, Paris 2003.

dem mit der Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen begonnen worden ist. Diese Maßnahmen schaffen keine Diskussions- oder Verhandlungsmöglichkeiten.

Wird doch einmal erwartet, dass die Einwohner selbst die Initiative ergreifen, dann werden nur solche Initiativen zur Kenntnis genommen, die sich innerhalb der vorgeschriebenen Bahnen bewegen. Selbst das französische Wort für Gemeinschaft (*communauté*) wird durch die Rede vom ‚Kommunitarismus‘ (*communautarisme*) herabgesetzt, denn unter ‚Kommunitarismus‘ wird ein regressives Verhalten verstanden. Angestrebt wird die Erziehung des Einzelnen zur Staatsbürgerschaft, vermittelt über die Gewährleistung staatsbürgerlicher Rechte und die Entwicklung eines ‚persönlichen Projekts‘ oder eines kleinen Vereinsvorhabens, nicht aber die kollektive Emanzipation auf dem Wege des Konflikts und der solidarischen Zusammenarbeit. Gewünscht wird, dass die Einwohner ihre Meinung kundtun, sich für ein Projekt einsetzen und dabei ihr Unbehagen, ihre ‚Verbitterung‘ überwinden. Auf keinen Fall aber sollen sie zu unabhängig werden, zu viel fordern, sich selbst finanzieren, sich kollektiv mobilisieren und an des Präfekts oder des Bürgermeisters Stelle entscheiden. Sie haben kurz gesagt keine *Fähigkeit zur Selbstbestimmung*, sondern eine *Zustimmungspflicht*.

Wir haben es mit dem Paradox einer französischen Politik zu tun, die sich einerseits laufend beschwert, die Menschen seien passiv und ‚unterstützungsabhängig‘, andererseits aber nicht begreift, dass ihr eigenes paternalistisches Vorgehen zu keinem anderen Ergebnis führen kann.<sup>76</sup> Die französische Variante der Stadtpolitik kann bestenfalls das *Gefühl der Verlassenheit* lindern, nicht aber das *Gefühl der Machtlosigkeit*.<sup>77</sup> Indem sie den Einzelnen auf seine Beziehung zum Staat reduziert (ganz so, wie er bereits auf seine Beziehung zum

---

<sup>76</sup> Avenel: Sociologie des « quartiers sensibles » (wie Anm. 33), S. 112.

<sup>77</sup> Im schlimmsten Fall produziert diese Politik ‚unterstützungsabhängige‘ Verhaltensweisen und erweist sich als unfähig, „zahlreichen ausgegrenzten Bevölkerungsgruppen ihre ‚Würde‘ zurückzugeben, wobei diese Bevölkerungsgruppen die Sozialhilfe als eine weitere Form der Abhängigkeit und der Demütigung wahrnehmen.“ Lapeyronnie, *L'individu et les minorités* (wie Anm. 11), S. 262–263.

Arbeitsmarkt, also zu seiner Erwerbstätigkeit oder Erwerbslosigkeit reduziert worden ist), potenziert sie den Zerfall der Solidarität und beraubt sich selbst eben jener Mittel zur Lösung innerstaatlicher Probleme, ohne die es zweifellos keine Überwindung der ‚Krise der Banlieues‘ wird geben können. Schließlich blockiert diese Art der Stadtpolitik auch jegliche Anwendung selbstbestimmten politischen Handelns seitens jener jungen Hoffnungsträger des Vereinswesens, die die Strukturen der Stadtpolitik beständig hervorbringt. Gut ausgebildete und hoch motivierte Jugendliche aus den Vorortvierteln und insbesondere auch junge Menschen maghrebinischen Hintergrunds haben sich immer wieder in diese Strukturen eingebracht. Doch diese Hoffnungsträger äußern sich schnell ausgesprochen desillusioniert und fatalistisch. Sie kritisieren den Einfluss des Staates und der Lokalpolitiker auf die Stadtpolitik; dieser Einfluss stehe der Schaffung positiver, solidarischer Gemeinschaftsformen ebenso entgegen wie ihrem persönlichen Wunsch, sich im Dienste ihrer Mitbürger in eine solchen Gemeinschaftsformen entsprechende, parteiunabhängige Politik einzubringen. Zwar sind einige bereit, das Spiel der Parteien zu spielen. Doch auch sie zweifeln angesichts der Erfahrungen ihrer Vorgänger, ob sie sich auf diesem Wege mehr Gehör, mehr Einfluss und letztlich auch mehr Verständnis verschaffen werden können und befürchten, als ‚Alibi-Araber‘ oder ‚Alibi-Schwarze‘ instrumentalisiert zu werden.

#### **4.4 Der Mangel an politischer Repräsentation und der zunehmend feindselige Blick auf die *quartiers populaires***

Ende der 1980er Jahre – die ‚*beur*-Bewegung‘ war gescheitert und der Aktivismus aus den *quartiers populaires* abgeflaut – entwickelten die Jugendlichen ‚mit Migrationshintergrund‘ neue Formen der Identitätsversicherung und begannen, ihr Bedürfnis nach politischer Anerkennung anders zu artikulieren. Einerseits wurde in den Vorstädten die nordamerikanische Hip-Hop-Kultur rezipiert, andererseits begannen insbesondere die Maghrebiner sich vermehrt auf ihre religiöse Tradition zu beziehen. Dieser zweite Faktor, der Islam, führte

in weiten Teilen der französischen Gesellschaft zu einer spürbaren Verschärfung der bereits bestehenden furchtsam-ablehnenden Haltung gegenüber den ‚migrantisch geprägten‘ Bevölkerungsgruppen in den ‚Banlieues‘.<sup>78</sup> Das kam insbesondere in der öffentlichen Debatte um den ‚Schleier‘ zum Ausdruck, wie sie erstmals 1989 geführt wurde, um dann bis zum 2004 verabschiedeten Gesetz über religiöse Symbole im Schulunterricht in regelmäßigen Abständen wieder aufzuleben. Die Anschläge in den USA am 11. September 2001 sollten die Furcht vor dem Islam dann nochmals potenzieren. Nachdem sich jene Bevölkerungsgruppe, die jetzt immer häufiger als die der ‚arabischen Muslime‘ identifiziert wurde, dem pauschalen Vorwurf ausgesetzt sah, für die Beeinträchtigung der ‚Sicherheit‘ verantwortlich zu sein, wurde sie in der Folge mit sexueller Gewalt assoziiert (so in einer 2001–02 geführten Debatte um Gruppenvergewaltigungen – sogenannte *tourmantes* – in den Vorstädten), um dann schließlich auch noch die ‚Rückkehr des Antisemitismus‘ angelastet zu bekommen.<sup>79</sup> Eine drastisch vereinfachende Gleichung ist nach und nach zum Gemeingut geworden: Islam der Maghrebiner = gescheiterte Integration + Gewalt + Antisemitismus + Unterdrückung der Frau + Nährboden des Terrorismus. Sämtliche Werte, die zu Recht oder zu Unrecht als Grundlage der europäischen und der westlichen Zivilisation angesehen werden, würden von dieser Bevölkerungsgruppe verleugnet. So ist eine regelrechte ‚Islamophobie‘ entstanden. Sie ist um die Jahrtausendwende in den Äußerungen zahlreicher französischer und nicht-französischer Intellektueller, Journalisten und Schriftsteller zum Ausdruck gekommen und wird von den Menschen, gegen die sie sich richtet, sehr lebhaft wahrgenommen.<sup>80</sup> Die jüngst zu beobachtende Entstehung von Vereinen, die auf das unaufgearbeitete und nach wie vor wirksame

---

<sup>78</sup> Rey, *La peur des banlieues* (wie Anm. 10); Cesari, *Faut-il avoir peur de l’Islam ?* (wie Anm. 12).

<sup>79</sup> Laurent Mucchielli, « La violence des jeunes » : peur collective et paniques morales au tournant du XXème et du XXIème siècles, in: René Lévy / Laurent Mucchielli / Renée Zauberman (Hg.), *Crime et insécurité : un demi-siècle de bouleversements*. Mélanges pour et avec Philippe Robert, Paris 2006, S. 195–223.

koloniale Erbe des französischen Staates verweisen und auf dieser Grundlage neue landesweite Bewegungen aufzubauen versuchen, ist zweifellos als Reaktion auf die Schuldzuweisungen zu verstehen, die die öffentliche Debatte zunehmend prägen. Angesichts dieser Situation sind die Fragen der politischen Vermittlung und der politischen Repräsentation noch dringlicher geworden. Nun besteht aber eine der Eigenschaften des politischen Systems in Frankreich gerade in der groben Vernachlässigung dieser zwei bedeutenden Momente gesellschaftlicher Integration.

Betrachten wir zunächst die Defizite im Bereich der politischen Vermittlung, die hier als das Ensemble jener Maßnahmen verstanden werden soll, über die ein – notgedrungen konfliktreicher – Dialog zwischen den Einwohnern der ‚sensiblen Stadtgebiete‘ und den Entscheidungsträgern aus Politik und Verwaltung zu bewerkstelligen wäre, und zwar mithilfe von Personen oder Organisationen, die von beiden Seiten als legitime Ansprechpartner anerkannt werden. In den vergangenen 30 Jahren ist der historische Niedergang jener Organisations- und Politisierungsformen zu verzeichnen gewesen, die an die politischen Parteien und die Gewerkschaften, aber auch an die Jugendbewegungen und die teils laizistischen, teils religiösen Bewegungen für eine ‚Bildung von unten‘ (*éducation populaire*) gekoppelt waren. Wohl gibt es in den ‚sensiblen Stadtvierteln‘ ein teilweise reges Vereinswesen. Doch wir haben bereits gesehen, dass diese Vereine und die lokalen intermediären Eliten, die aus ihnen hervorgehen könnten, in den meisten Fällen an den Rand des politischen Geschehens gedrängt oder von den klientelistisch arbeitenden Kommunalverwaltungen instrumentalisiert werden. Allgemein gilt, dass sich „das Vereinswesen [innerhalb der Bevölkerung mit Migrationshintergrund, L. M.] nicht in Form einer Zivilgesellschaft strukturiert hat, die befähigt wäre, einen Dialog mit den lokalen Autoritäten zu führen. Das Verhältnis zwischen den Vereinen und

---

<sup>80</sup> Vincent Geisser, *La nouvelle islamophobie*, Paris 2003; Thomas Deltonbe, *L'Islam imaginaire. La construction médiatique de l'islamophobie en France*, Paris 2005.

dem Staat bleibt ein von einseitiger Abhängigkeit geprägtes. Dieses Herrschaftsverhältnis und die ihm entsprechende Machtlosigkeit der Vereine sind zweifellos ein Grund, weshalb man sich in Frankreich so stark dem kulturell-religiösen Bereich widmet. Das Florieren des migrantisch geprägten Vereinswesens ist also kein Selbstzweck. Damit das Vereinswesen tatsächlich aufblühen kann, müssen zunächst einmal die Karten neu gemischt werden, und gerade das lässt auf sich warten.<sup>81</sup>

Schließlich stellt sich auch die Frage nach der politischen Repräsentation mehrerer Millionen auf dem französischen Territorium lebender Menschen mit besonderer Dringlichkeit. Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund leidet letztlich an den Auswirkungen eines doppelten politischen Defizits. Einerseits ist festzustellen, dass Migranten ohne französischen Pass sich bis heute nicht an Lokalwahlen beteiligen können, obwohl ein solches Stimmrecht lange Zeit zu den Wahlversprechen der parlamentarischen Linken gehörte. Dies, das Scheitern der *beur*-Bewegung der 1980er Jahre und die weit verbreitete Stigmatisierung der ‚arabischen Muslime‘ haben die französischen Wähler mit Migrationshintergrund nicht nur zur Linken, ihrem bis dahin wichtigsten parlamentarischen Sympathieträger, dauerhaft auf Distanz gehen lassen, sondern auch zu Wahlen im Allgemeinen.<sup>82</sup> Andererseits muss konstatiert werden, dass die Bevölkerung mit Migrationshintergrund in den Ortsverbänden der klassischen politischen Parteien und in den Lokalverwaltungen teils überhaupt nicht und teils nur sehr schwach vertreten ist. Das gilt insbesondere für die Sozialistische Partei, die seit 25 Jahren die parlamentarische Linke dominiert, deren Mitglieder und Wähler sich allerdings zunehmend von den proletarischen Gesellschaftsschichten, den *classes populaires*, entfernt haben.<sup>83</sup> In den früheren ‚roten Banlieues‘, den Arbeitervierteln, die jahrzehntelang von der Kom-

<sup>81</sup> De Wenden / Leveau, *La bourgeoisie* (wie Anm. 8), S. 12–13.

<sup>82</sup> Marie-Hélène Bacqué / Yves Sintomer, *Affiliations et désaffiliations en banlieues*, in: *Revue française de sociologie*, 2 (2001), S. 217–249; Sylvain Brouard / Vincent Tiberj, *Français comme les autres ? Enquête sur les citoyens d'origine maghrébine, africaine et turque*, Paris 2005.

munistischen Partei politisch kontrolliert wurden,<sup>84</sup> ist die Situation nicht viel anders, und Ähnliches lässt sich auch für die radikale Linke sagen.<sup>85</sup> So finden die französischen Wähler mit Migrationshintergrund nirgends im politischen Spektrum die Möglichkeit, ihre Forderungen zu artikulieren; sie haben – anders als jene autochtonen französischen Arbeiter, die für die extreme Rechte stimmen – noch nicht einmal die Option einer ‚Protestwahl‘. Von diesem politischen Vakuum sollte jede Interpretation der Aufstände vom November 2005 ausgehen, ganz gleich, ob es in ihr um das Verständnis der Aufstände im Allgemeinen oder um das ihrer jeweiligen lokalen Besonderheiten geht.

## Versuch eines Fazits

Ein oder zwei Jugendliche fahren ohne Helme Moped und sterben einen plötzlichen Tod, nachdem sie ein Polizeiauto rammen, nachdem dieses sie rammt, oder auch nachdem sie im Zuge einer Verfolgung durch die Polizei gegen eine Wand fahren. Diese Ereignisfolge löste im Oktober 1990 in Valux-en-Velin in der Vorstadt von Lyon den ersten Aufstand aus, der als solcher bezeichnet wurde. Noch 20 Jahre später ist das auslösende Ereignis dasselbe, so etwa im November 2007 in Villiers-le-Bel im *département* Val d’Oise, oder auch im August 2009 in Bagnolet, vor den Toren von Paris. Das Szenario hat sich nicht wesentlich geändert, und auch die Akteure nicht. Sicherlich hat sich die Gewalttätigkeit der Akteure – auf beiden Seiten – gesteigert. Zugleich entwickeln sich auch die Techniken zur Aufrechterhaltung der Ordnung weiter. Die Polizei versucht, neue Brandherde gar nicht erst entstehen zu lassen, da die Staatsmacht befürchtet, diese könnten sich ausbreiten wie im November 2005. Ansonsten erstaunt das Phänomen der Aufstände aber vor allem

---

<sup>83</sup> Henri Rey, *La gauche et les classes populaires. Histoire et actualité d’une mécontente*, Paris 2004.

<sup>84</sup> Olivier Masclet, *La gauche et les cités. Enquête sur un rendez-vous manqué*, Paris 2003.

<sup>85</sup> Le Goaziou, *La classe politique française* (wie Anm. 38).



durch seine Kontinuität, und nichts berechtigt zu der Annahme, dass es in den kommenden Jahren verschwinden oder auch nur abflauen wird. Letztlich handelt es sich bei den Aufständen um die Konsequenz jener Ghettoisierungsprozesse, die seit dem Ende der als *trente glorieuses* bekannten Phase wirtschaftlicher Prosperität (1945–1974) in Frankreich am Werk sind, und die dort intensiver verlaufen als in irgendeinem anderen europäischen Land mit Ausnahme Englands. Um diese Besonderheit Frankreichs (und Englands) zu erklären, müssen verschiedene Erklärungsansätze kombiniert werden. Wir wollen zumindest auf vier von ihnen eingehen.

Französische Kommentatoren geben oft einer bestimmten französischen Architektur die Schuld an den Aufständen, nämlich jener der sogenannten *grands ensembles* (umgangssprachlich *barres* oder *tours*), also der Hochhausbauten, aus denen die Vorstadtsiedlungen (*cités*) bestehen. Auch wenn in die Konzeption einiger dieser Anlagen Überlegungen über das in ihnen stattfindende Gesellschaftsleben eingegangen sind, so hatten doch Rentabilitätskriterien beim Bau der meisten *grands ensembles* Vorrang. Es ging vor allem darum, Zehntausende von Menschen in der Nähe der Fabriken unterzubringen, in denen diese Menschen als Arbeiter beschäftigt wurden. So kam es, dass die Siedlungen oft weit vom Stadtzentrum entfernt gebaut und nur mit einer sehr rudimentären Infrastruktur ausgestattet wurden. Ist die Fabrik einmal stillgelegt worden, kann diese Architektur bei den prekarierten Einwohnern nur den Eindruck erwecken, man habe sie verbannt (das französische Wort *banlieue* bedeutet soviel wie ‚Ort der Verbannung‘). Dieser Aspekt ist aber an sich noch nicht entscheidend. Worauf es ankommt, ist, dass die ‚Verbannung‘ einen ganz anderen, an eine Art Hausarrest grenzenden Charakter annehmen kann, wenn unangemessene Polizeikontrollen, Diskriminierungserfahrungen und politische Fehler beim Umgang mit der ökonomischen und sozialen Marginalisierung hinzukommen. Aber es gibt noch drei weitere Faktoren, die es zu berücksichtigen gilt.

Mit dem Kollaps jener Welt der Arbeiter, die um die Fabrik herum organisiert war, ist auch eine bestimmte Form der sozialen Kontrolle verloren gegangen. Sie beruhte vor allem auf der Tradierung der Lebensweise des Arbeiters von einer männlichen Generation zur nächsten, und sie zeigte sich in der Regulierung jugendlicher Unruhen durch männliche Erwachsene, die zuweilen in Gewerkschaftsabteilungen oder in politischen Gruppen organisiert waren. Die jugendlichen Unruhen sind geblieben, doch ihre Kontrolle durch die Gemeinschaft der Arbeiter ist abhanden gekommen. Die wenigen Einwohner aus der Mittelschicht oder aus den oberen Segmenten der Arbeiterklasse zogen nach und nach fort, und die sehr bedeutende Unterstützung, die den Familien von den laizistischen und religiösen Bewegungen der *éducation populaire* zuteil wurde, ließ nach. Die prekarierten Familien waren bei der Bewältigung ihrer alltäglichen Probleme weitgehend auf sich gestellt. Die Polizei wurde auf den Plan gerufen, um die entstandene Lücke zu füllen, und sie begab sich auf die Jagd nach Jugendlichen, die, auf sich selbst zurückgeworfen, noch ruheloser geworden waren als vorher. Die städtische Polizei ist dabei auf eine Art und Weise organisiert, die mehr oder weniger das Gegenteil von lokaler Verankerung und Einwohnernähe darstellt, also weit entfernt ist von jenem Prinzip der Bürgernähe, das der Gendarmerie, wie sie in den *départements* organisiert ist, historisch zugrunde liegt. Die Polizisten, meist sehr jung und unerfahren, agieren in Gebieten, die ihnen fremd bleiben. Sie haben es mit Bevölkerungsgruppen zu tun, denen gegenüber sie bestenfalls gleichgültig sind, wenn sie diese Bevölkerungsgruppen nicht geradewegs verachten. Darüber hinaus wird ihnen von den staatlichen Autoritäten von morgens bis abends erklärt, sie seien die „letzte Bastion der Republik“ und hätten den Respekt vor deren Gesetzen und vor deren Ordnung durch entschiedenes Auftreten und eventuell auch mit Gewalt herzustellen, damit es nicht zu einem Teufelskreis von Gewalt und Gegengewalt komme. Das Er-

gebnis ist jene bekanntermaßen vollends fehlgeschlagene Polizeiarbeit, an die jeder Aufstand aufs Neue erinnert.<sup>86</sup>

Der Rassismus wird in der französischen Republik einerseits moralisch verurteilt, andererseits handelt es sich bei ihm aber auch um einen ideologischen Diskurs, den die extreme Rechte das ganze 20. Jahrhundert hindurch entwickelt und verkörpert hat. So ist wohl auch das Ausmaß der alltäglichen, oft wenig Aufsehen erregenden Diskriminierung, mit der Menschen maghrebinischen und schwarzafrikanischen Hintergrunds zu leben haben, lange Zeit unterschätzt worden. Heute wird diese Diskriminierung von der Forschung zunehmend aufgedeckt und beziffert, so etwa hinsichtlich des Zugangs zur Erwerbsarbeit,<sup>87</sup> aber auch hinsichtlich der polizeilichen Praxis der Straßenkontrollen.<sup>88</sup> Die zeitgeschichtliche Forschung betont, wie lange Algerier bereits in Frankreich gelebt haben, und sie erinnert an die besondere Bedeutung des Algerienkriegs. Auf dieser Grundlage ist jüngst die These von einer ‚kolonialen Genealogie‘ der Aufstände in den französischen Vorstädten aufgestellt worden; diese Genealogie lasse sich vor allem an den Formen ablesen, die die polizeiliche Kontrolle migrantisch geprägter Stadtviertel angenommen habe und annehme.<sup>89</sup> Diese These kann sich auf zahlreiche Argumente stützen und sie erlaubt auch den Hinweis auf Gemeinsamkeiten zwischen den zwei großen Kolonialmächten Frankreich

---

<sup>86</sup> Mohammed / Laurent Mucchielli, *La police dans les « quartiers sensibles »* (wie Anm. 22); Dominique Monjardet, *Ce que fait la police. Sociologie de la force publique*, Paris 1996; Christian Mouhanna, *Police : de la proximité au maintien de l'ordre généralisé*, in: Laurent Mucchielli (Hg.), *La frénésie sécuritaire*, Paris 2008, S. 77–87.

<sup>87</sup> Alain Frickey (Hg.), *Jeunes diplômés issus de l'immigration : insertion professionnelle ou discriminations ?*, Paris 2005; Éric Keslassy / Martine Véron, *Tous égaux, sauf... La discrimination, un état des lieux*, Paris 2006.

<sup>88</sup> Fabien Jobard / René Lévy, *Police et minorités visibles : les contrôles d'identité à Paris*, New York 2009.

<sup>89</sup> Vgl. die Arbeiten von Pascal Blanchard und seinen Kollegen und Kolleginnen: Pascal Blanchard / Sandrine Lemaire / Nicolas Bancel (Hg.), *Culture coloniale en France. De la Révolution française à nos jours*, Paris 2008; Pascal Blanchard / Sandrine Lemaire / Françoise Vergès (Hg.), *La République coloniale*, Paris 2003; Pascal Blanchard / Nicolas Bancel / Sandrine Lemaire (Hg.), *La Fracture coloniale. La Société française au prisme de l'héritage colonial*, Paris 2005.

und England. Dennoch weist der postkoloniale Ansatz zuweilen denselben Charakter eines Meta-Diskurses auf wie die Neigung eines Teils der diskriminierten Bevölkerungsgruppen, sämtliche Probleme aus dem ‚französischen Rassismus‘ zu erklären, das heißt er bewegt sich auf einer Ebene oberhalb der Akteure und vernachlässigt es, deren Selbstdarstellungen und Praktiken zu analysieren. In gewisser Hinsicht ist der postkoloniale Ansatz Ausdruck jenes ‚ethnisierenden‘ Blicks auf soziale Phänomene, der in der französischen Gesellschaft immer häufiger anzutreffen ist und der allzu schnell vergessen macht, dass das Alltagsleben und die gesellschaftlichen Beziehungen nach wie vor in erster Linie durch das Wirtschaftssystem und durch mehr oder weniger wirksame Versuche staatlicher und politischer Regulation strukturiert sind.

Nach meiner Auffassung sind es die politischen Fehler beim Umgang mit der ökonomischen und sozialen Marginalisierung, auf die es ankommt. Ihren Charakter brauchen wir hier nicht noch einmal auszuführen, denn eben darum sind wir in den Hauptteilen dieses Aufsatzes bemüht gewesen. Wir sehen in den Aufständen das Produkt erstens eines sozio-ökonomischen und räumlichen Ghettoisierungsprozesses, zweitens einer staatlichen Regulation, die insbesondere hinsichtlich des Bildungswesens, der Sozialarbeit und des Polizeiwesens gescheitert ist, und drittens schließlich fehlender Möglichkeiten der Vorstadteinwohner, ihren Protest anders (auf organisierte und damit auch weniger gewaltsame Weise) zu artikulieren.

*Aus dem Französischen von Max Henninger*